

Leipziger NEUE

EINE LINKE ZEIWOCHENZEITUNG

■ ALG-II-Armuts-Schicksale

Einzelschicksale entlarven die frisierten Berichte über Hartz IV **Seite 3**

■ Ende der Treuhand vor 10 Jahren

Zügellose Privatisierungen machten sie zur umstrittensten Institution der Geschichte **Seite 5**

■ „Sturm“ auf das MfS

Geplanter Vandalismus, um von tatsächlichen Absichten abzulenken? **Seite 7**

■ Vor 60 Jahren auf das Schafott

Antifaschisten ehrten Georg Schumann und seine Genossen, die am 11. und 12. Januar 1945 in Dresden hingerichtet wurden **Seiten 8/9**

1

2005

13. Jahrgang

14. Januar

1 Euro

Tel./Fax:
0341-21 32 345

E-mail:
leipzigs_neue@t-online.de

Trotz alledem!



Zigtausende waren wieder in Berlin unterwegs, um Karl und Rosa zu gedenken. Ihre Ideen leben weiter.

Leipziger treffen sich am Samstag, 15. Januar, 15 Uhr zur Liebknecht-Luxemburg-Ehrung an der Rosa-Luxemburg-Stele in der Gustav-Freytag-Straße

Angela wieder in Berlin

Während Berlin wie alljährlich die ermordeten Arbeiterführer Karl und Rosa ehrte, war mit Angela Davis eine ihrer Erben an die Spree gekommen. Die älteren unter unseren Lesern erinnern sich gut an sie und an die weltweite Kampagne zu ihrer Freilassung 1972: Angela Davis. Sie saß sechzehn Monate lang unschuldig im Gefängnis, angeklagt des Mordes und des Menschenraubs. Die einundzwanzigjährige Studentin, die mit mir zum 10. Antifaschistischen Jugendtreffen in Berlin fuhr, meinte: „Vielleicht hab ich den Namen schon gehört. Müsste ich das wissen?“

Am 8. Januar 2005 erhielt die afro-amerikanische Bürgerrechtlerin den Menschenrechtspreis der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde 2004. Durch einen glücklichen Umstand erhielt ich eine Karte zu der aus diesem Anlass stattfindenden „ANGELA DAVIS PARTY“. An der Veranstaltung beteiligten sich namhafte Künstler – der Sänger Dieter Dehm, der Schauspieler Rolf Becker, die Singgruppe Ernesto-Che-Guevara aus Dresden. Die Schauspielerin Carmen-Maja Antoni, die auch im Programm stand, fehlte – ihr Chef hatte sie nicht von der Probe freigestellt. Angela selbst sprach nur kurz, aber ihre Worte bildeten den Höhepunkt. Sie erinnerte an die Aktion „Eine Million Rosen für Angela“. Viele Menschen, vor allem Kinder, ganze Schulklassen hatten ihr damals unzählige Karten und Briefe mit selbstgemalten Rosen und Wünschen für ihre Freilassung ins Gefängnis geschickt. Die Gefängniswärter brachten ihr täglich ganze Postsäcke voll dieser Grüße in die Zelle. Das habe nicht nur ihr Mut und Kraft gegeben, sondern auch die Aufseher beeindruckt, sie zu einer achtingvolleren Haltung ihr gegenüber veranlasst. Sie wiederholte, was sie nach ihrer Freilassung auf der großen Kundgebung gesprochen hatte: Wir feiern hier nicht nur meine Freilassung, sagte sie damals sinngemäß, wir feiern die Tatsache, dass die Solidarität der Unterdrückten in der Lage ist, das zu erreichen. Dann berichtete Angela von den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin, an denen sie als Ehrengast teilgenommen hatte.

Angela Davis ist die Kämpferin geblieben, die sie vor 30 Jahren war. Heute setzt sie ihre Kräfte ein für die Rettung des schwarzen Bürgerrechtlers Mumia Abu-Jamal, der seit 16 Jahren, unschuldig wie sie damals, in der Todeszelle sitzt.

Wir sollten Angela heute ehren, indem wir am Kampf um seine Freilassung teilnehmen. • RAHEL SPRINGER

Schmutzzulage

Die Entrüstung ist groß über die 120000 Euro Monatsgage der Fernseh-Moderatorin Sabine Christiansen – mehr als ein Ministerpräsident bekommt und beileibe kein Einzelfall. Aber die Kritiker mögen bedenken: Was in dieser Sendung und in manch anderer auch (für den unbedarften Hörer und Zuschauer glaubhaft dargestellt) gelogen und verfälscht, verdreht und beschönigt, was dort an relevanten Informationen unterschlagen wird, wie dort Menschen in die Irre geführt werden, wie scheingelehrte Spiegelfechtereien die Szene dominieren, die Wahrheit sich in Halbwahrheiten erschöpft und letztlich auf der Strecke bleibt – all das kann man nur journalistische Schmutzarbeit nennen. Und die ist allemal ihr Geld wert, für so etwas gibt es nun mal Schmutzzulage. Die Höhe der Zulage bemisst sich nicht nach Leistung, sondern nach der Größe der beim Fernsehzuschauer hinterlassenen geistigen Konfusion und Desorientierung. Hier trifft in besonderem Maße das Wort von Dieter Hildebrandt zu: „Leute, die sehr viel fernsehen, bekommen größere Gesäße und immer kleinere Köpfe.“

Die Polemik gegen Sabine Christiansen im Rahmen einer Aufführung des Staatsschauspiels Dresden ist ein Angriff gerade auf derartige Manipulationsversuche, und das Verbot der Aufführung ist ein Beitrag zur Wahrung des Rechts auf geistigen Machtmissbrauch. Wenn in diesen Tagen im Gerichtsstreit namhafte Theater-Intendanten aus Sachsen die Dresdner Aufführung verteidigen, wehren sie sich zugleich gegen die permanente geistige Vergewaltigung. • L.

Schwäche, die sich multipliziert

Von der Bundesebene bis hin zu den Städten und Gemeinden kommt seit Jahren die Wirtschaft nicht auf die Beine, die Arbeitslosigkeit beharrt auf hohem Niveau und die knappen Kassen werden immer drückender.

Das Schlimmste ist: Die Schwäche wird immer mehr zum Selbstläufer: 1. Länder, Städte und Gemeinden – auch Sachsen und Leipzig – müssen auf Fördermittel verzichten, weil sie die in der Regel 25 Prozent Eigenanteile nicht aufbringen können – so dass die ohnehin erheblich reduzierten Investitionen im Bauwesen und anderen Bereichen die Produktion drosseln. 2. Die Not zwingt dazu, die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen, was für kleinere Betriebe (in Leipzig gibt es fast nur kleinere) Gift ist und als drastische Konjunkturbremse wirkt. 3. Die mit den Sozialreformen verbundene Kaufkraftsenkung für beträchtliche Bevölkerungsteile hemmt den Umsatz in Handel und Dienstleistungsbereich. – Schließlich trägt alles zusammen zum weiteren Anwachsen von Arbeitslosigkeit und Finanznot bei. Die Schlange beißt sich in den Schwanz.

Die Frage nach dem Ausweg lässt sich nur beantworten, wenn man sie mit der Frage verknüpft, wo eigentlich der ganze Reichtum bleibt, der Wirtschaftet wurde. Die Arbeiter und Angestellten jedenfalls, die 1994 noch 74,7 Prozent des volkswirtschaftlichen Einkommens erhielten, bekamen 2004 nur noch 69,9 Prozent... • KURT RECHT

Der Maut-Betrug

Technisch scheint sie nun endlich zu funktionieren. Doch in den Querelen mit Toll Collect seit dem Herbst 2003 wie auch im gegenwärtigen Erfolgssjubiläum scheint im öffentlichen Bewusstsein weitgehend untergegangen zu sein, was mit der LKW-Maut auf den Autobahnen eigentlich bewirkt werden sollte. Im Wahlprogramm der Grünen steht: „Durch die Einführung der LKW-Maut wollen wir die Verlagerung von Gütertransporten auf die Bahn fördern und die Straßen entlasten.“ Zur Zeit aber spricht man nur von der Nutzung der Einnahmen für den Autobahnbau, und da möchten diese Einnahmen doch recht hoch sein – das heißt, kein LKW möge von der Autobahn abspringen!

In der Tat ist ein Effekt für die Umwelt nicht in Sicht. Warum auch sollten die Unternehmen im Fernverkehr zu Schienentransporten wechseln? Abgesehen davon, dass sie auf Landstraßen ausweichen können und dieses erwartete Übel deren Einbeziehung in das Maut-System nötig machte, haben sie die Möglichkeit, die zusätzlichen Kosten auf die Transportpreise aufzuschlagen, die die Händler natürlich an die Verbraucher weiterreichen würden.

Wenn jetzt Minister Stolpe vor Maut-Prellerei warnte, gleicht das der Lüge „Ehrlich währt am längsten“ die (nach Roda Roda) die Gauner ausgestreut haben, um die Überfüllung des Berufs zu verhindern. • G. L.

Leipzig hat genehmigten Etat für 2005

PDS steht zu Kompromissen

Das Ausbleiben der überfälligen Reform der Gemeindefinanzen, das zum Teil restriktive Finanzgebaren des Freistaates sowie eigene überzogene Großprojekte haben die Messestadt an den Rand ihrer finanzielle Handlungsmöglichkeiten gebracht, so dass die Stadtverwaltung im September erstmals einen unausgeglichenen Haushaltsplanentwurf für 2005 vorlegen musste. Um den Etat für die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde, das Regierungspräsidium, genehmigungsfähig zu machen, bedurfte es eines schlüssigen Haushaltssicherungskonzepts. Mit ihm muss die Stadtverwaltung nachweisen, wie sie das inzwischen auf einen Fehlbetrag von 70 Millionen Euro angewachsene Defizit innerhalb der nächsten drei Jahre auszugleichen gedenkt. Knackpunkte waren die Einsparungen bei den Personalkosten und beabsichtigte Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Hebesätze bei der Gewerbe- und der Grundsteuer – beides schwere Brocken nicht nur für die PDS-Fraktion. Schließlich hat sie sich seit Jahren gegen pauschale Stellenkürzungen ausgesprochen und vor dem Hintergrund der jüngsten Steuererhöhungen 2003 einen Stadtratsbeschluss initiiert, der die Rückführung der Gewerbe- und Grundsteuer auf das bis dahin gültige Niveau bis zum Jahre 2006, festgeschrieben hat. Ohne ein schlüssiges Konsolidierungskonzept aber, soviel stand gleichfalls fest, ist der schönste Haushaltsplan nicht viel wert. Wird er nämlich nicht genehmigt, werden die Finanzen für die freiwilligen Aufgaben der Kommune, wie im sozialen oder kulturellen Bereich, auf Eis gelegt. Gleichzeitig werden keinerlei neue Investitionen in Angriff genommen. Die Folgen einer solchen Blockade für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft Leipzigs liegen auf der Hand.

Damit freilich wäre auch ein Großteil der während der Haushaltsdebatten von der PDS-

Fraktion erzielten Nachbesserungen weitestgehend hinfällig geworden. Betroffen wären die auf ihre Initiative erhöhten Zuschüsse für Vereine und Verbände im Sozial- und Kulturbereich sowie der Jugendhilfe. Aber auch solch dringende und gleichfalls auf Drängen der PDS aufgestockten Investitionen, wie die an Schulen oder für Sportvereine, wären auf der Strecke geblieben. Sollten diese Nachbesserungen, mit denen die PDS-Fraktion sowohl der Verwaltungs- als auch dem Vermögenshaushalt zustimmen konnte, nicht zur Makulatur verkommen, musste nach Lösungen sowohl bei den Personalkosten als auch für die Steuereinnahmen gesucht werden.

Bei letzteren hatte sich die PDS-Fraktion indes schon sehr frühzeitig festgelegt. Schon auch Gründen der politischen Glaubwürdigkeit, erklärte ihr haushaltspolitischer Sprecher und Fraktionschef Lothar Tippach, könne man einen solchen Weg nicht mitgehen. Hinzu kamen soziale Überlegungen, schlägt doch die Grundsteuer A bis in die Wohnnebenkosten durch. Ihre Anhebung sei deshalb auch vor dem Hintergrund der stagnierenden und bereits rückläufigen Haushaltseinkommen in der Stadt nicht hinnehmbar. „Steuererhöhungen sind kein Ersatz für eine fehlende Gemeindefinanzreform“ – so das ablehnende Resümee, mit dem die Frage nach der Gegenfinanzierung in zweistelliger Millionenhöhe freilich offen blieb.

Kompromissbereiter zeigt sich die PDS-Fraktion hingegen beim geplanten Konsolidierungsbeitrag durch das Personal. Hier sollen allein im laufenden Jahr 17,5 Millionen Euro bzw. 440 Stellen ersatzlos eingespart werden. Die Stadtverwaltung ihrerseits hatte angeboten, beim Personalabbau nicht von betriebsbedingten Kündigungen Gebrauch zu machen, wenn es gelingen sollte, sich mit der Gewerkschaft ver.di auf die Einführung einer 36-Stunden-Arbeitswoche respektive einen



zehnprozentigen Lohnverzicht der Mehrzahl der Rathausangestellten zu verständigen. Angesichts der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt favorisierte die PDS einen solchen Kompromiss, der für die Betroffenen eine sichere mittelfristige Beschäftigungsperspektive bietet. Nach einem nächtlichen Sitzungsmarathon und der Offerte an die Gewerkschaften, beim Kündigungsschutz für ihre Mitglieder noch ein zusätzliches halbes Jahr draufzusatteln, war hier Mitte Dezember die Kuh vom Eis.

Bis zum Schluss spannend blieb es bei den Steuern bzw. der Gegenfinanzierung durch andere Einnahmequellen. Buchstäblich bis fünf Minuten vor Sitzungsbeginn am Freitag, dem 17. Dezember, 14 Uhr war hier alles offen. Eine Lösung zeichnete sich erst mit der von allen Fraktionen getragenen zusätzlichen Erhöhung der neu geschaffenen Fremdenverkehrsabgabe und durch frei werdende Gelder aus der Kappung der Umlage für den Landeswohlfahrtsverband ab.

Als das Haushaltskonsolidierungskonzept schließlich mit großer Mehrheit den Stadtrat pasierte, zeichnete sich spürbare Erleichterung sowohl bei der Verwaltungsspitze um Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee als auch bei den meisten Stadträten ab. Bei allen Problemen, die der Etat 2005 für Bürgerschaft und Wirtschaft beinhaltet, Leipzig hat wieder einen genehmigungsfähigen Haushaltsplan und der Stadtrat hat Kreativität und Flexibilität bewiesen.

• JAN DIETRICH

LESER MEINEN

Fehlender Mut

Als einfaches ver.di-Mitglied habe ich mich sehr über die Äußerungen der ver.di-Spitze geärgert, dass die Arbeitslosenproteste am 3. Januar („Aktion Agenturschluss“) nicht von meiner Gewerkschaft unterstützt wurden. Sicher ist es richtig, dass die Beschäftigten der Arbeitsverwaltung nicht die Sündenböcke sind. Sie sind letztlich sogar selbst von Hartz IV betroffen, weil sie den ganzen Unmut und Frust der Arbeitslosen sowie die sozialen Verwerfungen hautnah miterleben. Und zudem stehen viele befristet eingestellte Helfer („Ausfüllhilfen“) bald selbst vor dem sozialen Aus.

Nicht nur vor diesem Hintergrund wäre es ein Signal von großer Ausstrahlung an die Politik und an die Chefetage der Bundesagentur gewesen, wenn die Arbeitslosen gemeinsam mit den abhängig Beschäftigten der Agenturen gegen die soziale Erniedrigung durch Hartz IV protestiert hätten! Doch leider hat der Mut dazu gefehlt.

FRANZISKA MOLDE, LEIPZIG

Planwerk für Leipzig

LN. Als ein greifbares Ergebnis der Leipziger Olympiabewerbung wurde kürzlich in einem Forum das im Auftrag der Stadtverwaltung erarbeitete Planwerk Leipzig 2015 vorgestellt.

Es bietet realistische Visionen für Stadteilerneuerungen und städtische Achsen wie zum Beispiel für das Sportforum, den Grünen Ring um das Stadtzentrum, für die Ausgestaltung der Lützener Straße von Miltitz bis Lindenau, die Achse beiderseits der Eisenbahn zwischen Bayrischem und Connewitzer Bahnhof oder des Lindenauer Hafens.

Von **DIETMAR PELLMANN**

3. Januar, kurz nach 8 Uhr: Vor der Leipziger Arbeitsagentur in der Georg-Schumann-Straße haben sich rund 50 Demonstranten eingefunden; auch in Dresden sind es zur gleichen Zeit nicht viel mehr. Als Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement in den Mittagsstunden zu einem Blitzbesuch in der sächsischen Landeshauptstadt eintrifft, sind die Protestierer bereits abgezogen. So kann er vor den Medien mit Stolz verkünden, dass die so genannte Arbeitsmarktreform gut angelaufen sei. Die zurückhaltenen Einwände von Journalisten wies er mit der lapidaren Bemerkung weg „Das wird schon!“ Ganz dieser Logik folgen dann am nächsten Tag die meisten regionalen und überregionalen Zeitungen.

Haben sich damit die Voraussagen der PDS, dass Hartz IV Armut per Gesetz ist, als bloße Wahlkampfparole erwiesen und wurden sie durch die Realität des Alltags inzwischen überholt? Zeugt die geringe Teilnehmerzahl an den Protestaktionen davon, dass die von Hartz IV Betroffenen sich in ihr Schicksal gefügt haben? Diesen beiden Fragen wollen wir nachgehen. Wir können uns dabei auf inzwischen weit mehr als 100 Beratungsgespräche in meinem Wahlkreisbüro in der Grünauer Stuttgarter Allee stützen. Dort geben sich Hilfesuchende seit Ende November vergangenen Jahres die sprichwörtliche Klinke in die Hand. Wir können den Ansturm kaum bewältigen und nur beraten, wenn vorher telefonisch ein Termin vereinbart worden ist. Unser Bild über die wirkliche Situation hat sich auch durch Zuarbeiten von Sozialberaterinnen aus sächsischen Vereinen sowie durch eine Telefonhotline der PDS-Landtagsfraktion am 4. Januar, die innerhalb von acht Stunden von 130 Anrufern genutzt wurde, vervollständigt und geschärft. Im Unterschied zu Herrn Clement oder anderen Regierungsvertretern auf Bundes- und Landesebene sind wir nicht auf frisierte Berichte aus Nürnberg angewiesen, sondern haben viele Einzelschicksale kennengelernt, die selbst die seriöseste Statistik nicht widerspiegeln könnte.

Ablehnung von ALG II

Es gab im Sommer keinen Grund, an der von der Bundesregierung geschätzten Ablehnungsquote, die in den neuen Bundesländern bis zu 30 Prozent der Antragsteller betreffen sollte, zu zweifeln.

Inzwischen dürfte der Anteil für Sachsen bei 10 bis 15 Prozent liegen. Liegt dieser Fehleinschätzung Unkenntnis der Situation im Osten zugrunde oder hat Hans Eichel bewusst bei der Aufstellung seines Haushaltes getrickelt? Aufschlussreich sind indes die widersprüchlichen Ablehnungsgründe, zumal sie in der Regel überhaupt keine stichhaltige Begründung der Entscheidung enthalten. Das geringste Übel stellen eventuelle Rechenfehler dar. Dagegen werden „Bedarfsgemeinschaften“ erfunden, dass man nur den Kopf schütteln kann. Da erhält ein 55-Jähriger, der einen eigenen Haushalt führt, kein ALG II, weil er im Haus seiner Mutter wohnt. Die betagte Mutter soll wohl bis zu ihrem Lebensende von ihrer Rente mit für den Sohn aufkommen. Oder eine Frau aus einer ländlichen Region erhält deshalb keine Leistungen, weil sie noch landwirt-

Wenn dieses Sparguthaben das Vermögen, das die jeweilige Bedarfsgemeinschaft haben darf, übersteigt, muss es erst bis zur entsprechenden Grenze aufgebraucht werden, bevor ALG II an die Eltern gezahlt wird. Dass die Eltern am Boden sind, weil sie auf Kosten ihrer minderjährigen Kinder leben müssen, ist nachvollziehbar.

Schließlich sprachen bei uns Väter vor, die bisher regelmäßig Unterhalt für ihre Kinder, die bei der Mutter leben, gezahlt haben und dies nun als Hartz-IV-Betroffene nicht mehr können.

Kosten der Unterkunft

Hier hat der Gesetzgeber lediglich vermerkt, dass den ALG-II-Empfängern angemessener Wohnraum zusteht. Darüber, was als angemessen gilt, entscheiden die Landkreise und kreisfreien Städte und ha-

die Kreise, die sich für das sogenannte Optionsmodell entschieden haben, die erstatteten Kosten der Unterkunft für Eigenheimbesitzer viel zu niedrig angesetzt haben. Uns wurden während der Telefonhotline Beispiele aus Ostsachsen oder auch dem Kreis Döbeln bekannt, wo lediglich eine monatliche Pauschale von 60 oder 70 Euro gezahlt wird.

Bisherige Sozialhilfeempfänger

Zu unseren Beratungen in Grünau kamen bisher nur Arbeitslosenhilfeempfänger, keine Sozialhilfebezieher. Das mag daran liegen, dass es Langzeitarbeitslose mit der Umstellung auf ALG II besonders hart trifft und sie deshalb Hilfe suchen, während Sozialhilfeempfänger bereits an das niedrige Lebensniveau „gewöhnt“ sind. Vielleicht glaubten sie aber auch

Hartz IV bleibt Armut per Gesetz

Von Einzelschicksalen statt frisierten Berichten

schaftlichen Grundbesitz hat, der allerdings nicht verwertbar ist.

Eingriff in Familien

Bei uns waren Ratsuchende, die über ihre familiären Konflikte berichteten. Viele, meist Frauen, erhalten kein ALG II oder lediglich einen reduzierten Regelsatz, weil ihr Lebenspartner, mit dem sie nicht verheiratet sind, ein Einkommen hat, das über dem zustehenden Bedarf liegt. Im Übrigen ist dieser Personenkreis auch nicht mehr krankenversichert. Der Partner muss von seinem Einkommen nicht nur seine Lebensgefährtin unterhalten, sondern für sie auch noch Beiträge zur Krankenkasse zahlen. Deshalb haben einige ernsthaft die Trennung erwogen oder diese schon vollzogen, um eigene Versorgungsansprüche zu erwerben.

Anders liegen Fälle, wenn erwachsene Kinder, die bisher bei ihren Eltern leben, aber eine eigene Bedarfsgemeinschaft bilden, regelrecht aus dem Haus getrieben werden, weil nur ein Teil der Unterkunftskosten von der Behörde übernommen wird. Außerdem können die Eltern der Anrechnung von Kindergeld für ihre volljährigen Kinder auf ihr Einkommen nur dann entgehen, wenn sie nachweisen, dass das Kindergeld definitiv an die Jugendlichen ausgezahlt wird. Völlig frustriert waren einige Ratsuchende, deren minderjährige Kinder von den Großeltern ein Sparguthaben erhielten, um ihre spätere Ausbildung finanzieren zu können.

ben so den schwarzen Peter bekommen. Es verwundert nicht, dass die zu zahlenden Kosten der Unterkunft in den sächsischen Kommunen ganz unterschiedlich sind. Ob es, wie der Leipziger Sozialdezernent Burghard Jung sich kürzlich zitieren ließ, wirklich nicht zu Umzügen kommen wird, muss angesichts der Bescheide, die wir gesehen haben, bezweifelt werden. Was für bisherige Sozialhilfebezieher durchaus zutreffen mag, muss für diejenigen, die noch bis vor kurzem Arbeitslosenhilfe bezogen und meist größere und teurere Wohnungen haben, abgewartet werden – wenn Leipzig seinen Ermessensspielraum erweitert. Im Umland der Großstädte ist die Situation ohnehin wesentlich drastischer.

Besonders kritisch dürfte es für jene werden, die in den neunziger Jahren ein Eigenheim erwarben und noch über Jahre Kredite zu tilgen haben. Zwar werden im Rahmen der Unterkunftskosten teilweise zu zahlende Zinsen übernommen, nicht aber die als Schulden geltenden Tilgungsraten. Wer lediglich die Regelleistung des ALG II erhält, dürfte alsbald in beträchtliche Nöte kommen. Mit einer Zunahme von Zwangsversteigerungen ist zu rechnen. Wir haben die sächsische Landesregierung daher aufgefordert, mit der Sächsischen Aufbaubank (SAB), die viele dieser Baukredite vergeben hat, Hilfsangebote für diese Wohneigentümer zu erarbeiten, weil sonst wirklich Massenumzüge drohen. Hinzu kommt, dass insbesondere

den Verlautbarungen der Bundesregierung und auch der sächsischen Landesregierung, dass es ihnen ja nun sogar besser gehen werde. Hier könnte es ein böses Erwachen geben. Denn es wird künftig bis auf ganz wenige Ausnahmen keine einmaligen Beihilfen mehr geben, so dass ein neuer Kühlschrank, eine Waschmaschine oder ein Wintermantel aus der Regelleistung bezahlt werden müssen. Berücksichtigt man dies, so könnten viele sogar noch schlechter als bisher gestellt sein.

Was ist zu erwarten?

Ob es im Frühjahr, wenn die Betroffenen das ganze Ausmaß ihres sozialen Abstiegs erkannt haben und die beiden kurz hintereinander gezahlten Hilfeleistungen aufgebraucht sind, erneut zu öffentlichen Massenprotesten kommen wird, muss abgewartet werden. Das aufgestaute Konfliktpotential, wie es sich bereits andeutet, könnte sich auch in den Familien entladen. Proteste könnten aber auch in den Wahlkabinen den Rechtsextremen noch mehr Zulauf bringen. Die PDS sollte bei ihrer Doppelstrategie bleiben, einerseits weiterhin auf die Zurücknahme des Hartz-IV-Gesetzes oder zumindest seine erhebliche Entschärfung zu drängen, aber andererseits den Hilfesuchenden weiterhin unmittelbar vor Ort beizustehen. Daher werden wir im Wahlkreisbüro in Grünau (Tel. 0341-231 84 40) unser Beratungsangebot aufrechterhalten und darüber hinaus auf Bürgerforen präsent sein.

Vernünftig leben! Siehst du, es geht doch! Du musst bloß eine ordentliche Haushaltskasse führen und ein wenig denken beim Geldausgeben. Gewisse alleinstehende Leute mittleren Alters, wie du und ich, die machen leicht etwa 76 Euro monatlich allein für Tabakwaren locker. Da bleibt natürlich nicht viel übrig für gesunde Ernährung, zumal auch noch ca. 160 Euro für Getränke aller Art draufgehen. Ts, ts, ts, kann der geübte Krümelkacker und Geizhals da nur kopfschüttelnd sagen und einer Regelzusatzverordnung zu § 28 Sozialgesetzbuch (SGB) XII beipflichten. Die spart nicht mit gutem Rat und empfiehlt für den doch umfangreichen Posten „Nahrung, Getränke, Tabakwaren“ einen monatlichen Etat von 125,78 Euro. Hältst du dieses Limit ein, lassen sich auch leicht 19,86 Euro für „sonstige Waren und Dienstleistungen“ und für den Genuss unserer mutig erkämpften Reisefreiheit, also für den Verkehr, weitere 19,86 Euro aufbringen. (Zerbrich dir nun nur nicht den Kopf darüber, dass die LVb für

Die fetten Jahre sind vorbei

Mehrere Anregungen für Neujahrsvorsätze von 331-Euro-Kandidaten

eine einfache Monatskarte 48 Euro verlangt!) Und wenn du ganz vernünftig lebst, also auf Tabak, Alkohol und andere Gifte (ich denke da nur an deine wöchentlichen Schwofnächte!) verzichtest, hast du noch etwas übrig für die vorgeschlagenen 33,10 Euro für Bekleidung und Schuhe oder für lächerliche Krümel von 26,48 Euro für Möbel, Apparate und Haushaltsgeräte, die du dir ja schließlich nicht monatlich neu anschaffst, und selbst die 13,24 Euro für Gesundheitspflege sind da noch drin.

Also, leb vernünftig und bedenke, dass die Mieten, auch die für deine Garage, die Kosten für Energie, Wasser und Abwasser usw. bald steigen. Ausgaben für die sogenannte Hochkultur in Oper und Schauspiel, spar sie dir,

überlass es Herrn Tiefensee und Co., sich dort die Hände schweissig zu klatschen. (Bald beklatschen sie sich selbst für ihren uneigennütigen Einsatz zum Erhalt des Opernballetts und des Schauspielhauses.) Belass es beim Hörspiel im Radio und den tief sinnigen Talk-Shows im Fernsehen; die Kölner Bühnereinzugszentrale berappt so und so, ob du nun hörst oder siehst oder nicht. Und sie hat einen heißen Draht zum Gerichtsvollzieher ... das sage ich dir aus Erfahrung.

Also lebe vernünftig und bescheiden, und es wird schon irgendwie gehen mit den 331 Euro vom Steuerzahler. Ach so, du wolltest dir den Leichtsinn erlauben, 10 Euro für die Betrachtung des neuen Films „Die fetten Jahre sind vorbei“ in den Passage-Kinos zu verausgaben? Ts, ts, ts, kann ich da nur sagen. So eine aufreißerische Story ist gar nicht gut für dich und deinen Neujahrsvorsatz, immer schön friedfertig zu bleiben.

• **EKKEHARD FRITZ**

Am 23. Januar 2005 kann das Blatt dank des Volksentscheids gewendet werden. Seit fast einem Jahr kämpfen die im „Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ vereinten Gewerkschaften, Organisationen, Initiativen, Verbänden und Parteien um die Rücknahme der von der Landesregierung aus CDU und FDP im Jahr 2003 beschlossenen Verschlechterungen in der Kinderbetreuung. Doch weder die Diskussionen in den Fraktionen und Ausschüssen noch die eindringlichen Demonstrationen in Magdeburg und anderen Städten haben bei der Landesregierung zu besseren Einsichten geführt.

Ein großer Etappenerfolg war das erfolgreiche Volksbegehren, bei dem über 300 000 Bürger des Landes sich für eine bessere Kinderbetreuung ausgesprochen hatten. Da der Landtag dem Volksbegehren nicht gefolgt ist, darf nun das Volk darüber abstimmen. Das Gesetz ist jedoch erst angenommen, wenn mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten dafür votieren – dies sind mehr als 500 000 Ja-Stimmen.

Zukunft der Kinder – Zukunft des Landes

Bei diesem ersten Volksentscheid geht es um kein geringeres Thema als um die Zukunft unserer Kinder und damit um die Zukunft des ganzen Landes. Während immer neue internationale Untersuchungen Deutschland ein stagnierendes Bildungsniveau mit nachweisbaren negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und vor allem eine grobe Vernachlässigung des vorschulischen Bereiches bescheinigen, hat die Böhmer-Regierung mit ihrem Kinderfördergesetz die Grundlagen des Bildungssystem in Sachsen-Anhalt weiter beschnitten.

Dem „Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ geht es mit seinem Gesetzentwurf, über den nun am 23. Januar entschieden wird, im Kern um „den uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder, die Entwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Bildungseinrich-

Volksentscheid

Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt

tungen mit einem klaren kindgemäßen Bildungsauftrag, die Ausrichtung der Angebote auf die individuellen Förderbedingungen jedes einzelnen Kindes, um Benachteiligungen auszugleichen und gleiche Bildungschancen zu gewähren, die Stärkung der Kinder durch den Erwerb wichtiger Kompetenzen im sozialen Zusammenleben, die Unterstützung der Familien bei der Bildung und Erziehung der Kinder im Elternhaus, gute pädagogische Standards in den Einrichtungen und den Einsatz ausschließlich von qualifizierten pädagogischen Fachkräften.“

Gegner kämpfen mit harten Bandagen

Die Landesregierung versucht mit einer aggressiven Öffentlichkeitsarbeit den Gesetzentwurf des Bündnisses zu diskreditieren. Dabei werden auch Steuergelder eingesetzt, im Haushalt getarnt als „Pressearbeit“. Das CDU/FDP-Umfeld versucht weiterhin ihre „Kampfeserve“ zu mobilisieren, darunter eine den hiesigen Akteuren bekannte Hedwig von Beverfoerde, die bereits gegen die Grundschule mit festen Öffnungszeiten (der vorherigen PDS-tolerierten SPD-Regierung) zu Felde gezogen ist, um das „Tischgebet“ für ihre Kinder zu sichern. Frau von Beverfoerde ist Protagonistin einer „unabhängigen“ Bürgerinitiative „NEIN-BEIM-VOLKSENTSCHEID“.



Eine der letzten Geschmacklosigkeiten war die Diffamierung des Bündnisses durch diese besagte „unabhängige“ Bürgerinitiative, indem auf deren Internetseite in einem Atemzug neben den bekannten Unterstützern des Volksbegehrens bzw. -entscheides die NPD mit aufgeführt wurde. Der Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen erklärte dazu: „Die Unterstützer in einem Atemzug mit der NPD zu nennen, ist nicht nur dumm, sondern auch als Versuch, die demokratischen Kräfte zu diffamieren, zu

durchsichtig. Die NPD war nie im Kinderbündnis und wäre dort auch nie hineingekommen.“ Als Unternehmerrgattin hat Frau von Beverfoerde auch ihre familiären Einflussmöglichkeiten genutzt, die dazu führten, dass an einer Baustelle in der unmittelbaren Nähe zum Landtag, die BEVER-BAU betreut, ein riesiges Plakat „NEIN-BEIM-VOLKSENTSCHEID“ aufgehängt wurde.

Doch auch die SPD, die sich im Landtag in der Opposition befindet, kann sich nicht zu einer aktiven Unterstützung des Bündnisses durchringen. So erklärt Jens Bullerjahn, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion: „Ich hoffe, er (der Volksentscheid) bekommt keine Mehrheit.“ Ins gleiche Horn stößt der Arbeitgeberverband von Sachsen-Anhalt.

Das Kaninchen und die Schlange

Wulf Gallert, Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, erklärt in Bezug auf die Neujahrsansprache des Ministerpräsidenten Wolfgang Böhmer: „Das Kaninchen starrt auf die Schlange, und recht ähnlich wirkt der Ministerpräsident, wenn er auf den bevorstehenden Volksentscheid im Lande schaut. Offenbar beunruhigt ihn ein möglicher Erfolg, denn wie – so ist es von ihm pausenlos zu hören – soll er das in den alten Bundesländern erklären? Und was nun die Kinderbetreuung anbelangt – seriöse Finanzierungsvorschläge für den Fall eines erfolgreichen Volksentscheides liegen seit langem auf dem Tisch. Herr Böhmer sollte diese endlich ernsthaft zur Kenntnis nehmen.“

Das Bündnis ist optimistisch, den Volksentscheid zum Erfolg zu führen, und erklärt: „Mit dem Volksentscheid am 23. Januar 2005 können wir dafür sorgen, dass die politischen Prioritäten in diesem Land geändert werden. Alle Wahlberechtigten haben erstmalig die Gelegenheit, direkt und unmittelbar Einfluss auf eine wichtige politische Entscheidung zu nehmen. Dieses Recht sollten wir auf jeden Fall wahrnehmen. Wir haben es selbst in der Hand!“

• BERND SELLIN

SO SEHE ICH DAS

Es ist nur allzu verständlich, wenn unmittelbar nach einer Naturkatastrophe die Rettung und Versorgung Betroffener wie auch die Sicherung und Wiederherstellung des normalen Lebens im Vordergrund des Handelns und der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen. Wenn aber in den Reaktionen von Politikern und Medien Fragen nach gesellschaftlichem Versagen weitgehend an den Rand gedrängt sind, die Antworten an der Oberfläche bleiben und kritische Stimmen von Experten kaum Resonanz finden, muss es gestattet sein, auf diese Aspekte hinzuweisen.



Eine erste Frage: War es in der Tat nur eine Naturkatastrophe – unvorhersehbar und ohne die Möglichkeit, die gefährdeten Menschen zu retten? Der Leitartikler der LVZ spricht von der Heimtücke derartiger Naturkatastrophen und dem fast chancenlosen Menschen (27. 12.), bevor Wissenschaftler das Gegenteil sagen: „Eigentlich sind diese Tsunamis gut vorhersehbar...“

(Seismologe Dr. Grosse, Potsdam) und: „Rein technisch hätte man je nach Laufzeit der Flutwelle zwischen einer und vier Stunden Vorlauf gehabt“ (Katastrophenforscher Dombrowsky, Universität Kiel). Nach seiner Darstellung gibt es auch im Indischen Ozean ein für rechtzeitige Warnungen ausreichendes Messnetz. Das Be-

Eine Naturkatastrophe – sonst nichts?

ben ist weltweit frühzeitig erkannt worden. Das Überwachungsnetz im Pazifik hat sehr schnell das Epizentrum des Bebens und seine Stärke ermittelt. Doch die Warnungen erreichten nur die Pazifikanlieger, nicht die eigentlich gefährdeten Länder. Tsunamis sind mit einer Geschwindigkeit von 500 bis 800 Stundenkilometern sehr schnell, aber längst nicht so schnell wie die heutigen Nachrichtensysteme, vorausgesetzt, man nutzt sie. Auch angesichts der schwachen Ausprägung der örtlichen Kommunikationsnetze in den betroffenen Territorien hätten Rundfunk und Massen-SMS der Mobilfunkanbieter wirksam warnen können. Dafür waren für die meisten Territorien – auszunehmen ist vermutlich nur Nordsumatra – mehrere Stunden Zeit. Bei rechtzeitiger Benachrichtigung hätten den Gefährdeten wenige Minuten gereicht, um sich in

Sicherheit zu bringen. Viele Zehntausende hätten gerettet werden können.

Wenn gesagt wird, es mangle in den betreffenden Ländern an einer administrativen Kette der Umsetzung der Informationen, ist das nur die halbe Wahrheit. Denn diese Länder stehen alle unter großen ökonomischen Zwängen, und der Tourismus

ist für sie ein Hauptgeschäft. Jene Andeutungen erscheinen deshalb glaubhaft, wonach aus kommerziellem Interesse Warnungen zurückgehalten wurden.

Eine zweite Frage: Ist es nicht an der Zeit, die ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Potenziale der Menschheit zu bündeln, um sie auf die wirksamere Erforschung unbewältigter Fragen der Mensch-Natur-Beziehungen, besonders der bedrohlichen Naturphänomene zu lenken, die Resultate allen Ländern und Regionen zukommen zu lassen und ihnen zu helfen, sie umzusetzen? Im Stillen Ozean, wo Tsunamis am häufigsten auftreten, haben die reichen Anlieger-Staaten Japan und USA (Hawaii) seit etwa einem halben Jahrhundert immer besser funktionierende Warnsysteme und andere Gegenmaßnahmen installiert und demzufolge nur geringe Schäden erlitten. Ärmere Länder hinge-

gen haben noch mit vielen anderen Existenzfragen zu kämpfen. Insofern haben wir es mit einer gesellschaftlichen Katastrophe zu tun, wie ein Wissenschaftler feststellte.

Eine dritte Frage: Ist die Zeit nicht reif, Überlegungen anzustellen, wie die Potenziale der internationalen Hilfe mit der Schaffung einer gut organisierten und technisch perfekt ausgestatteten Eingreiftruppe zivilen Charakters zu höchster Wirksamkeit bei der Katastrophenhilfe gelangen können? Ereignisse wie am 26. Dezember – die ungeachtet des technischen Fortschritts gewiss noch lange Zeit schwer kontrollierbar sein werden – erfordern eine rasche und perfekte medizinische, logistische und technische Hilfe, ein Rettungssystem, das heute nur mühsam in Gang gebracht wird. Die heutige Welt, in der militärische Eingreiftruppen aufgebaut werden und machtpolitische statt humanitärer Schwerpunkte gesetzt sind, ist davon noch weit entfernt. Aber es gibt Möglichkeiten zu Fortschritten in dieser Richtung – zweifellos schwer zu realisieren, solange eine Katastrophe Anlass ist zu betonen, wie doch, an ihr gemessen, „Alltagssorgen über Hartz IV, den Erhalt unseres Lebensstandards ... nichtig und klein“ sind (LVZ 31. 12.).

• GÜNTER LIPPOLD

Mit dem Ablauf des Jahres 1994, also zum 31. Dezember, endete die Tätigkeit der „Bundesanstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums der ehemaligen DDR“ – kurz Treuhand genannt. Über diese Institution erfolgte die Abwicklung des Volkseigentums in der Industrie, in der Landwirtschaft sowie des Parteien- und Organisationsvermögens der DDR. Sie fungierte als die größte Industrieverwaltungsgesellschaft der Welt und besorgte über die Privatisierung der vorherigen volkseigenen Betriebe den Übergang zur kapitalistischen Wirtschaft, zur sogenannten sozialen Marktwirtschaft. Über vier Jahre hatten 5000 kapitalistische Manager als Mitarbeiter der Treuhandanstalt gewirkt. Über 14 500 Unternehmen wurden privatisiert, davon gingen 855 an ausländische Investoren. Stillgelegt wurden wurden 3661 Betriebe mit 330 000 Arbeitsplätzen. Insgesamt 4300 Unternehmen wurden an ehemalige Besitzer übereignet. Die Käufer der früheren DDR-Staatsbetriebe verpflichteten sich zur Sicherung von 1,5 Millionen Arbeitsplätzen und Investitionen in Höhe von 200 Milliarden DM.

Die Treuhandanstalt war die einzige Behörde, die ihre Legitimation von der Volkskammer erhielt und dennoch im staatlich vereinten Deutschland fortbestand. Detlev Rohwedder (SPD), der erste bundesdeutsche Treuhandchef – am 1. April 1991 unter nie ganz geklärten Umständen

Vor 10 Jahren wurde die Treuhand aufgelöst

den ermordet –, hatte das DDR-Vermögen auf 600 Milliarden DM geschätzt. Die Treuhand und ihre Nachfolgerin Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) machten daraus ein Defizit von annähernd 250 Milliarden DM. Als Birgit Breuel (CDU) – nach der Wahlniederlage war ihr niedersächsisches Ministeramt verloren gegangen – die Nachfolge

Bis zum Ende ihrer Tätigkeit hatte die Treuhand ein vom Minister abgesetztes Recht auf Fahrlässigkeit im Umgang mit dem ostdeutschen Volksvermögen.

übernahm, sortierte sie fast alle aus der DDR stammenden Mitarbeiter der Treuhandanstalt aus. Die defizitäre Privatisierung der DDR-Wirtschaft hat Otto Köhler, Hamburg, in seinem Buch „Wirtschaftskriminalität – Kriminelle Wirtschaft“ eingehend behandelt. Der gesamte Privatisierungsprozess zur Liquidierung der DDR-Wirtschaft oblag

offiziell dem Bundesfinanzministerium, geleitet von Theodor Waigel.

Am 20. August 1990 hatte das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute empfohlen, die Treuhandanstalt von Sanierungsaufgaben freizustellen, um die Ostwirtschaft ungeniert abwickeln zu können. Ein Briefwechsel Rohwedder/Waigel zeugt davon, dass Verwaltungsrat und Vorstand der Treuhandanstalt in vollem Umfang von jeder persönlichen Haftung bis 30. Juni 1991 für die Folgen ihrer Entscheidungen freigestellt wurden, und zwar für leichte wie für grobe Fahrlässigkeit. Hierfür sicherte sich Waigel Rückendeckung durch Bundeskanzler Kohl.

Am Beginn ihrer Amtshandlungen ließ sich Birgit Breuel diese Handlungsfreistellung für Fahrlässigkeit von Waigel verlängern. Ansonsten drohte sie mit Arbeitsverweigerung bei der zügigen Entindustrialisierung Ostdeutschlands auch durch die Treuhandmitarbeiter unterhalb der Vorstandsebene. Bis zum Ende ihrer Tätigkeit hatte die Treuhand ein vom Minister abgesetztes Recht auf Fahrlässigkeit im Umgang mit dem ost-

deutschen Volksvermögen. Viele Treuhandmitarbeiter entstammten westdeutschen Kon-

Die Treuhandanstalt als bisher größte Industrieverwaltungsgesellschaft der Welt ist mittlerweile angesichts ihres Wirkens als die umstrittenste aller Institutionen in die Geschichte eingegangen.

zernen. Sie sorgten dafür, dass manches „Filetstück“ bei der Privatisierung sehr günstig ihrem Unternehmen zugeschlagen werden konnte. Die zahlreichen großzügigen Beraterverträge konnten guten Freunden vermittelt werden. Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Köln verlieh Birgit Breuel die Ehrendoktorwürde für ihre „Prinzipienfestigkeit hinsichtlich des Privatisierungsauftrages“.

Die Treuhandanstalt als, wie gesagt, bisher größte Industrieverwaltungsgesellschaft der Welt ist mittlerweile angesichts ihres Wirkens als die umstrittenste aller Institutionen in die Ge-

schichte eingegangen.

- Sie ist verantwortlich für eine eklatante Deindustrialisierung der neuen Bundesländer.

- Einer qualitativ beeindruckenden Verbesserung der Infrastruktur – Straßennetz, Telekommunikation u. a. – und der Versorgung stehen eskalierende soziale Probleme gegenüber.

- Die erst wenigen neu errichteten Kerne hochmoderner Industrie als „Leuchttürme“ eröffnen zwar gute Aussichten für ein Wirtschaftswachstum, wirken aber noch längst nicht in die Breite.

Die Treuhandanstalt, am 15. März 1990 zum Zwecke der treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums der DDR gegründet, agierte im Auftrag der Kohl-Regierung. Die neoliberale Politik der Regierung Schröder/Fischer knüpfte nahtlos an diese Politik an und ist mitverantwortlich für die einschneidenden Folgen der Privatisierung der einstigen DDR-Unternehmen.

Beim Rückblick auf das umstrittene Wirken der vielen kapitalistischen Treuhand-Manager drängt sich der Gedanke auf, dass die leitenden Herren von Opel, VW oder Karstadt, die die Folgen ihres Missmanagements ganz und gar den Beschäftigten aufbürden, dem gleichen Typ entsprechen. Entsprechend den aktuellen Gegebenheiten agieren sie als Erpresser in Nadelstreifen: Jobs für Arbeiter und Angestellte nur auf Kosten tiefer Einschnitte in deren Lebensniveau.

• WINFRIED STEFFEN

Wilhelm Busch

Die Selbstkritik

*Die Selbstkritik hat viel für sich.
Gesetzt den Fall, ich tadle mich:
So hab ich erstens den Gewinn,
Daß ich so hübsch bescheiden bin;
Zum zweiten denken sich die Leut,
Der Mann ist lauter Redlichkeit;
Auch schnapp ich drittens diesen Bissen
Vorweg den andern Kritiküssen;
Und viertens hoff ich außerdem
Auf Widerspruch, der mir genehm.
So kommt es denn zuletzt heraus,
Daß ich ein ganz famoses Haus.*

Wer kennt nicht diese spöttischen Verse Wilhelm Buschs über die Selbstkritik. Auch über den Rücktritt kann man mit Fug und Recht behaupten, dass er viel für sich hat. Deutlich wird das bei zahlreichen Rücktrittsfällen, die die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren „erschütterten“. Nehmen wir als Beispiel den kürzlich erfolgten Rücktritt des Generalsekretärs der CDU, Laurenz Meyer. Ihm wurde die unsittliche Annahme von quasi Geldgeschenken des Elektronikkonzerns RWE vorgeworfen. Nach anfänglichen Versuchen der Bagatellisierung und der darauf folgenden Eskalation der Auseinandersetzung trat er am 22. Dezember '04 zurück. Dieser Rücktritt hatte, um bei Wilhelm Busch zu bleiben, den Gewinn, dass der ehrenhafte Eindruck erweckt wurde, Meyer sei sich seiner Verfehlung bewusst und habe daraus die richtigen Schlussfolgerungen gezogen.

Der Rücktritt – scheinheiliger Ausdruck politischen Machtkampfes

Von den früheren Mitstreitern des Generalsekretärs wurde seine Entscheidung deshalb auch scheinheilig als „konsequent“ bezeichnet. Man habe sie mit „Respekt“ zur Kenntnis genommen. Zahlreiche Verlautbarungen schufen zusätzlich das Gefühl, man müsse ihm für diesen Schritt direkt dankbar sein. Manchen Schönrednern gelang es sogar durch Verdrehung der Zusammenhänge, aus der Niederlage einen Sieg zu machen. So wurde Meyer, um nochmals Busch zu erwähnen, zum famosen Haus.

Doch die leicht durchschaubaren Hintergründe sind weniger famos. Meyer war ein enger Vertrauter der Vorsitzenden Angela Merkel, deren drohende Kandidatur für das Amt des Bundeskanzlers vielen maßgebenden Entscheidungsgremien in Politik und Wirtschaft ein Dorn im Auge ist. Man weiß nicht, was von dieser eigenwilligen, machtbewussten Frau noch zu erwarten ist. Sie war eigentlich nur als Übergangslösung gedacht und sollte die Partei aus einer Vertrauenskrise und durch neue Motivierung der Mitgliedschaft zu alter Geschlossenheit führen. Jetzt will sie plötzlich Bundeskanzlerin werden. Eine ostdeutsche Pommeranze, ehemalige DDR-Bürgerin und frühere FDJ-Sekretärin an der Spitze der Bundesrepublik? Da hört der Spaß auf.

Zuerst trat, ebenfalls scheinheilig, der sogenannte Finanzexperte Friedrich Merz von allen seinen Ämtern, sicher nicht von seinen Machtambitionen, zurück. Dann stellte sich der „Gesundheitsexperte“ Seehofer bei der Durchsetzung des Merkschen „Unionsmodells“ für den Umbau bzw. Abbau der gesetzlichen Krankenversicherung quer und trat letztlich vom Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden zurück.

Jetzt wurde ihr Generalsekretär durch erzwungenen Rücktritt gestürzt, indem man die vor Jahren erfolgte Annahme von Geldgeschenken an die Öffentlichkeit lancierte. Alles Zufall oder was? Sein Fall bestätigt übrigens die bekannte Erkenntnis, dass Politiker zwar für aktuelle oder künftige Dienste zugunsten des Kapitals am Kapital beteiligt werden, aber eben auf eine solche Weise, dass diese Beteiligung im Ermessensfall auch gegen sie ausgespielt werden kann. Diese Erfahrung mussten vor ihm auch andere Politiker machen. Erinnert sei an den SPD-Verteidigungsminister Rudolf Scharping (August 2002), den Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit Florian Gerster (Januar 2004) und an den Präsidenten der Bundesbank Ernst Welteke (April 2004). Auch Gewerkschaftsbosse sind in diese Falle gegangen, wie die IG Metallchefs Franz Stein-

kühler (Mai 1993) und Klaus Zwickel (Juni 2003).

Die meisten Rücktritte waren nicht freiwillig. Der Volksmund verballhornt sie mit dem Mehrdeuter: „Er wurde freiwillig zurückgetreten.“ Das muss man natürlich erst einmal nachweisen, denn alle beteiligten Akteure umgeben die Entstehung von Rücktrittsentscheidungen meistens mit einem Nebel von Scheinheiligkeiten. Auch das „Opfer“ schließt sich diesem Verhaltenskodex in der Regel an, denn immer ist auch Schweigegegend im Spiel. Meyer z. B. erhält von seiner Partei eine Abfindung in Höhe von 52 000 Euro.

Natürlich sind die Betroffenen keine bedauernswerten Opfer. Sie gaben Anlass zu ihrem Sturz durch den ungebremsten Hang zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse, zur Bereicherung und, was nicht unterschätzt werden sollte, durch Eitelkeiten verschiedenster Couleur. Der Aufstieg hat Kraft, Freunde und Gesundheit gekostet, jetzt will man die Macht auch genießen.

Korruption, Vorteilsnahme und Bereicherung sind schon lange Kennzeichen der spätbürgerlichen Gesellschaft geworden. In diesem Zusammenhang nur von einzelnen schwarzen Schafen zu sprechen, ist heute mehr als realitätsfern. Sie bilden bereits eine Herde.

• MANFRED BOLS



Die Fronten klären sich

LN. Die Landtagsdebatte vom 10. Dezember über ein von der PDS beantragtes Programm gegen rechtsorientierte Einstellungen hat nicht nur deutlich gemacht, wie die NPD ihre Position im Landtag für die Verbreitung nazistischer Ideologie nutzt, sondern auch gezeigt, wie die CDU dieses Bestreben fördert, indem sie konsequent antifaschistische Politik zu diskreditieren versucht. Der CDU-Abgeordnete Rohwer machte sich zum Wortführer unsäglicher Verleumdungen von Antifaschisten, indem er Vergasungen in KZs mit Geschehnissen an der Berliner Mauer verglich und höhrend feststellte: „Die alten Genossen würden am liebsten wieder Jugendweihelien an der ‚Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald‘ durchführen.“ Gut, dass nicht nur die PDS die Attacke strikt zurückwies, sondern auch Abgeordnete von SPD und Grünen. Martin Dulig (SPD) wollte links und rechts nicht gleichgesetzt wissen. Und die Grünen-Abgeordnete Astrid Günther-Schmidt plädierte für ein Programm gegen Rechts: „Wir müssen versuchen, den braunen Sumpf trockenenzulegen.“

2005: Helfen wir uns selbst!

LN. „Im Lande ist eine neue politische Situation entstanden – geschuldet der Landespolitik der CDU, die seit Jahren schon nur mehr die Stagnation verwaltet, und geschuldet einer Bundespolitik, die unter sozialdemokratischer Führung und dem Beifall der Unternehmerverbände mit dem Sozialstaat aufräumt, wie es sich konservative Politik wahrscheinlich nie getraut hätte.“

Das erklärten der PDS-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Prof. Peter Porsch, und die Landesvorsitzende der Partei, Cornelia Ernst, in ihrer Neujahrsbotschaft. Ministerpräsident und CDU „träumen sich in ein

Aus der Botschaft der PDS Sachsen zum Jahreswechsel:

„Seit Jahren konstant etwa 400 000 Arbeitslose im Lande bei fast galoppierender Steigerung der Langzeitarbeitslosigkeit lassen für viele die Zahlen vom Wirtschafts- und Exportwachstum für Nachrichten aus einer anderen Welt erscheinen. Sie fragen sich, wohin die Gewinne aus den Steigerungen gehen, und bleiben selbst auf Hartz IV sitzen. Überall Kürzungen im Lande...“

anderes Land, in das Land ihrer Erfolge, das mit dem wirklichen Sachsen nur mehr wenig zu tun hat“. Die Haushaltsdebatte werde zeigen, was der Koalitionsvertrag wert ist.

Die NPD gebe sich im Landtag als eine national-chauvinistische, rassistische, fremdenfeindliche und revanchistische Partei zu erkennen. Wer solche Geisteshal-

tung unterstütze, spielt mit dem Feuer, das Deutschland schon einmal in den Abgrund stürzte. „Sozial mit aller Kraft“ sei das Versprechen der PDS für 2005 und die kommenden Jahre. „Wir laden alle guten Willens ein zum Mitmachen. Helfen wir uns selbst bei der Gestaltung eines gesunden, erfolgreichen und friedlichen Jahres 2005!“

NPD im Landtag mit Sonderrechten immer dreister

LN. Landtagspräsident Iltgen (CDU) hat der NPD-Fraktion gestattet, ihren Neujahrsempfang am 7. Januar im Foyer des Landtages zu veranstalten, was bisherigen Gewohnheiten völlig widerspricht. Vom Pressesprecher des Landtags als „Flurbereich“ heruntergespielt, handelt es sich um den öffentlichsten

Raum im Gebäude. Die PDS-Fraktion protestierte energisch und forderte die Rücknahme der Entscheidung, um das Landtagsgebäude vor Missbrauch zu schützen.

Mittlerweile hat die NPD ein neues Beispiel ihrer provokativen Politik gegeben. Sie beantragte, Gelder für das „Landes-

programm gegen Rechtsextremismus“ in eine Soforthilfe für Flutopfer in Südasien umzuwandeln. Die Fraktion schlachte damit das Leid zahlloser Menschen für ihre politischen Zwecke aus und verhöhne die Solidarität mit den Opfern, äußerte dazu die PDS-Abgeordnete Kerstin Köditz.

Asylbewerber

LN. Nach dem Urteil des sächsischen Flüchtlingsrates erhalten Asylbewerber in Sachsen häufig keine angemessene Betreuung. Vor allem in ländlichen Gemeinden würden wegen Geldmangels keine Sozialarbeiter eingestellt, und es gebe vielfach gebe es keine Ansprechpartner für die Flüchtlinge. Auch ehrenamtliche Helfer reichten nicht aus. „Viele Flüchtlinge bleiben sich selbst überlassen“, kritisierte die Ratsvorsitzende Hanna Stoll.

Haushaltsstreit

LN. Nach langem Streit um den Landeshaushalt 2005/2006 haben Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) und sein Stellvertreter Thomas Jurk (SPD) am Montag, einen Tag vor der Kabinettsitzung, eine Einigung erzielt, die es ermöglicht, den Etat zu beschließen. Offensichtlich erfolgt im Sinne Milbradts eine finanzielle Stärkung der CDU-geführten Staatskanzlei zu Lasten des SPD-geführten Wirtschaftsministeriums.

Nebeneinkünfte

LN. Die PDS-Landtagsfraktion hat nach den bekannt gewordenen Fällen unseriöser Nebeneinkünfte von Abgeordneten gefordert, dass alle Landtagsabgeordneten bis Ende Februar alle Nebentätigkeiten und entsprechenden Einkommen, Zuwendungen, Erträge usw. offen legen. Dabei gehe es vor allem um Mitgliedschaften in Vorständen sowie Aufsichts- und Verwaltungsräten und um Bezüge aus Tätigkeiten im Öffentlichen Dienst.

Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im Dezember

Es geht weiter aufwärts

Die jüngsten Arbeitsmarktzahlen, auch die aus der für Leipzig und sein Umland zuständigen Ar-



beitsagentur und der sächsischen Regionaldirektion sind kein gutes Omen für das Jahr 2005, das mit dem Arbeitslosengeld II einen tiefen Einschnitt bei der sozialen Absicherung Erwerbsloser brachte. Von den rund 59 000 Anträgen wurden bis Jahresende 99 Prozent erledigt. 3947 wurden abgelehnt, und auf etwa 3900 Bescheide reagierten die Betroffenen mit Widerspruch. Ansonsten läuft nach Aussagen aus der Arbeitsagentur die Einführung reibungslos... In der Region Leipzig gab es am Jahresende 32 785 Langzeitarbeitslose, fast 46 Prozent aller Arbeitslosen, in Sachsen rund 178 000 bzw. 45 Prozent.

Ende Dezember verzeichnete Leipzig gegenüber November einen Zuwachs von über 1400 Erwerbslosen, in Sachsen waren es über 18 000. Die meisten Zugänge kamen aus Dienstleistungsbereich und Baugewerbe. Die Anstiege im Vergleich zum Dezember des Vorjahres (Leipzig +400, Sachsen +13 000) und die mit der Umsetzung des Hartz IV-Gesetzes verbundenen Unwägbarkeiten geben für optimistische Voraussagen keinen Raum, zumal der Zugang an gemeldeten freien Stellen im Dezember ein Rekordtief erreichte. In Leipzig waren es nur 1271, 314 weniger als im Vorjahres-Dezember. • G. L.

14. Dezember

Delitzsch. Für 225 Beschäftigte des Bahnwerkes handelt die Gewerkschaft Transnet „eine weitgehende Absicherung der Einkommen und eine Beschäftigungsgarantie“ aus. Der Betrieb wird an ein neugegründetes Unternehmen der Leipzig Rail Service GmbH veräußert, die bereits das Bahnwerk in Leipzig-Engelsdorf übernommen hatte.

Leipzig/Gröbers. Mitgas und Leipziger Stadtwerke kündigen den Beziehern von Gas bis zu sechs Prozent höhere Preise ab Januar an. In der Folge beginnt das Kartellamt Ermittlungen dazu.

15. Dezember

Leipzig. Eine Vertreterversammlung der LVA Sachsen fordert von Bundesregierung und Wirtschaft, die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung wieder auf eine solide Basis zu stellen. Die Vertreter befürchten, Neurentner im Osten könnten in die Nähe der Armutsgrenze geraten, wenn nicht bald ausreichend beitragswirksame Arbeitsplätze geschaffen werden.

17. Dezember

Dresden. Eine Spezialeinsatzkommando der Polizei stürmt in brutaler Weise eine falsche Wohnung, fesselt den Wohnungsinhaber und erschießt zwei Hunde. Minister de Maizières verteidigt ohne Ent-

SACHSEN-CHRONIK

14. Dezember bis 10. Januar

schuldigung den Einsatz der Beamten.

21. Dezember

Dresden. Ministerin Orosz stellt den Krankenhausplan vor, nach dem bis Ende 2006 mehr als 2000 Krankenhausbetten abgebaut werden sollen. Sie begründet das mit Bevölkerungsrückgang und kürzerer stationärer Verweildauer.

Dresden. Mit dem Abschnitt Dresden-Gorbitz-Südvorstadt wird ein weiteres Teilstück der Autobahn Dresden-Prag eingeweiht.

23. Dezember

Freital. Der älteste Sachse stirbt im Alter von 110 Jahren.

24. Dezember

Dresden. Die Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen zwei mutmaßliche Mitglieder der verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz“ wegen Aufrechterhaltung der Gruppe bzw. Körperverletzung.

28. Dezember

Kamenz. Wie das Statistische Landesamt mitteilt, hat sich innerhalb von zehn Jahren die Anzahl der Sozialhilfeem-

pfänger unter 18 Jahren fast verdreifacht. Mit rund acht Prozent liegt Sachsen weit über dem Bundesdurchschnitt.

29. Dezember

Dresden. Kultusminister Flath (CDU) lehnt ein gesetzliches Rauchverbot an Schulen, wie es bereits in mehreren Bundesländern besteht, für Sachsen ab.

31. Dezember

Dresden. Nach Verkündung der Steueramnestie haben sich in Sachsen im abgelaufenen Jahr 274 Steuersünder gemeldet und 2,2 Millionen Euro nachgezahlt.

Dresden. Wie ein Sprecher des Sächsischen Landtags mitteilt, sind alle Abgeordneten schriftlich nach Nebenverdiensten befragt worden. Die Auswertung der Fragebögen soll bis Ende Januar vorliegen.

1. Januar

Dresden. Mit Jahresbeginn gibt es in Sachsen statt der bisher 13 Polizeidirektionen und drei Polizeipräsidien nur noch sieben Direktionen, zuständig für die Bereiche Leipzig, Dresden, Oberes Elbtal-

Osterzgebirge, Westsachsen, Oberlausitz-Niederschlesien und Südwestsachsen. Für die nächsten Jahre ist ein erheblicher Personalabbau vorgesehen.

Dresden. Die Staatskanzlei gibt das alte sächsische Königswappen als Staatssignet zur allgemeinen Nutzung frei.

5. Januar

Plauen. Dem Sozialprojekt Karo, das sich mit dem Straßenstrich im deutsch-tschechischen Grenzgebiet auseinandersetzt und Aids-Prävention betreibt, hat das Sozialministerium einen Förderantrag noch nicht genehmigt, so dass Mitarbeiter entlassen werden müssen. Auch andere Projekte sind von der Zurückhaltung der Mittel vor der Beschlussfassung über den Landeshaushalt betroffen.

7. Januar

Bonn. Nach Angaben des Deutschen Landkreistages drohen den Städten und Gemeinden statt der erhofften Entlastung bei der Umsetzung von Hartz IV zusätzliche Kosten, weil weniger Anträge abgelehnt wurden als erwartet. Für Sachsen ergebe sich statt der erwarteten Entlastung um 22,70 Euro je Einwohner eine Belastung von 5,91 Euro.

Großbothen. Die Wilhelm-Ostwald-Gesellschaft erhält 2005/2006 keine Fördermittel vom Freistaat und muss deshalb die Ostwald-Gedenkstätte schließen.

Von **MANFRED BOLS**

Stasi-Festung zertrümmert!“ hatte eine berühmte Boulevardzeitung am 16. Januar 1990 triumphierend in großen Lettern verkündet. Was war das für eine „Festung“, die am Vortage angeblich zertrümmert wurde?

Das Ministerium für Staatssicherheit, so der historisch korrekte Name, befand sich bereits seit Wochen in Auflösung. Die Entlassung der Mitarbeiter war in vollem Gange, die Waffen der Volkspolizei übergeben, die Archive versiegelt und die Aktenvernichtung (außer HVA) gestoppt. Vertreter des Bürgerkomitees sollten in Sicherheitspartnerschaft mit der VP und der Staatsanwaltschaft die Aufsicht über die Behörde übernehmen. Auch die Hoffnung leitender Mitarbeiter auf die Bildung einer Nachfolgebehörde, eines Amtes für Verfassungsschutz

Im Jahr 1951 auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges war in dem Bestreben, schon den allerersten Anfängen einer kommunistischen Unterwanderung zu wehren, ein politisches Strafrecht mit weitgefassten Tatbeständen geschaffen worden (...) Ziel dieser politischen Justiz war es, jeden Versuch eines politischen Kontakts mit Organen oder Institutionen der DDR im Keim zu ersticken. Bereits das Organisieren von Reisen in die DDR oder die Teilnahme von Bürgern der Bundesrepublik an Veranstaltungen des FDGB in der DDR wurde als strafbar beurteilt.

Jutta Limbach am 15. 12. 1993 vor der Juristischen Gesellschaft zu Berlin

der DDR, hatte sich zerschlagen. Runder Tisch und Ministerrat entschieden, diese Frage erst nach der Volkskammerwahl neu zu behandeln. Frust herrschte unter den Mitarbeitern über die erlebte Unfähigkeit der gestürzten Staats- und Parteiführung, auf die politischen Veränderungen rechtzeitig und konstruktiv zu reagieren, und über das unsolidarische Verhalten einiger Mitglieder der neu gebildeten Modrow-Regierung. Bei manchem Mitarbeiter hatte aufgrund der Massenproteste ein Prozess des selbstkritischen Nachdenkens über die Rolle des MfS als „Schwert der Partei“ eingesetzt.

Sinnloser „Aktionstag“

Trotzdem hatte das *Neue Forum* für den 15. Januar 17 Uhr zu

Wurde das MfS in Berlin „gestürmt“?

Am 15. Januar 2005 jährt sich zum 15. Mal der „Sturm auf die Stasi-Zentrale“

einer Aktionskundgebung vor der MfS-Zentrale aufgerufen. Ziel der Veranstaltung sollte es sein, durch öffentlichen Protest die in den Augen der Bürgerrechtler zu schleppende Auflösung des MfS zu beschleunigen und gegen die Bildung von neuen Geheimdiensten zu protestieren. Das Motto der Aktion, auf zahlreichen Flugzetteln gedruckt, lautete: „Mit Fantasie gegen Stasi und Nazi“ (abgeleitet von Amt für Nationale Sicherheit). Die Teilnehmer wurden aufgefordert, für eine symbolische Einmauerung der Tore Kalk und Mauersteine (!) mitzubringen und außerdem Farbe und Spraydosen, um Losungen an die Mauern der Normannenstraße schreiben zu können. Doch so lustig, wie der Protest scheinbar geplant war, wurde er nicht.

Gefährliche Folgen

Dem Aufruf des *Neuen Forums* waren an diesem Tag mindestens 20 000 Menschen gefolgt und die Lage war aufgrund des großen Zulaufs gegen 18 Uhr unübersichtlich geworden. Ein besonders aggressiver Teil der Menge drängte gegen das Haupttor. Einzelne junge Männer begannen über die Tore zu klettern, indem sie sich gegenseitig halfen. Plötzlich wurden diese von innen (!) geöffnet und die Demonstranten strömten in das Areal. Sie liefen aber nicht geradeaus zum Ministergebäude, sondern scharf links in Richtung des Versorgungs- und Küchentraktes, eines politisch eigentlich uninteressanten Bereichs des MfS. Dort wurden die Türen eingetreten, Fenster zerschmissen, Mobilar zerstört und die Kühltruhen und Kühlschränke geplündert. Bücher und Akten flogen aus den Fenstern, Wände wurden beschmiert. Gleichzeitig begab sich eine Gruppe zielgerichtet in das Obergeschoss und lief über eine eigentlich nur Insidern bekannte Verbindungsbrücke in das Gebäude der Hauptabteilung Spionageabwehr, einer Mielke direkt unterstellten Dienststelle, deren Arbeitsfeld für die innere DDR-Opposition kaum, für Geheimdienste dagegen von höchstem Interesse sein musste. Dort wurden gewaltsam Schränke geöffnet und operative Unterlagen gestohlen. Gleichzeitig erfolgten Verwüstungen, die offenbar das Ziel verfolgten, den Aktendiebstahl mit „Volkszorn“ zu verschleiern. Ein Mit-



Als sich am 15. Januar 1990 die Tür von innen öffnete, drangen Bürger in die frühere MfS-Zentrale (danach Amt für Nationale Sicherheit) in der Berliner Normannenstraße ein. Die Selbstzerstörungsmechanismen der Datenspeicher kamen nicht zum Einsatz, da kein Verantwortlicher den entsprechenden Befehl erteilte.

täter, der aus München stammte, wurde später mit Akten aus der genannten Dienststelle durch die VP gestellt.

Persönlicher Einsatz Modrows

Vor den Toren des MfS-Areals war inzwischen Ministerpräsident Hans Modrow, von einer Sitzung des Runden Tisches kommend, in einer Limousine eingetroffen. Sein Sekretariat war telefonisch von der VP, die das MfS sichern, aber nicht einschreiten sollte, benachrichtigt worden. Spiegelreporter Cordt Schnibben, der in seiner Berichterstattung interessanterweise den Begriff „plündernde Menge“ verwendet, berichtete darüber im *Spiegel* 9/1990, S.100: „Rote Sau“ brüllte die Meute und trommelte Beulen in das Autodach, „solange er (Modrow) im Wagen saß. Kaum war er dem schützenden Käfig entstiegen, teilte sich die Menge ehrfürchtig vor ihm und ließ den entschlossenen Blickenden durch sie hindurchstürmen. Rechts und links hatten sich die beiden Oppositionshoffnungen Ibrahim Böhme und Konrad Weiß eingehakt, doch nicht sie schützten ihn, er zog sie mit. Hinter seinem Rücken klammerten sich die Zukünftigen des Landes aneinander, Böhme, Meckel, Weiß und Eppelmann, heulend und zitternd darauf wartend, daß die ersten Steine flogen.“

Modrow, von einem kleinen Rednerpult auf einem LKW-Anhänger stehend, gelang es, die Menge in ungewohnt drastischen Worten zu beruhigen: „Was können die Stühle dieses Hauses, vor dem wir stehen, dafür, daß Ärsche darauf gesessen haben, die vielen nicht gefallen?“ War das schon der Ärger darüber, sich viel zu lange vor das MfS gestellt zu haben?

Historische Realität

Heute entzünden sich manche Debatten über den 15. Januar 1990 daran, ob man diese Aktionen als „Sturm“ oder „Erstürmung“ bezeichnen kann. Mitglieder des „Insiderkomitees zur Förderung der kritischen Aneignung der Ge-

schichte des MfS“ geben zu bedenken, dass mit diesem Begriff falsche Assoziationen zu historischen Ereignissen wie dem Sturm auf die Bastille, das Winterpalais oder den Reichstag geweckt werden könnten. Der Zusammenhang erscheint weit her geholt, aber was auch heute noch als Sturm oder Erstürmung bezeichnet wird, war tatsächlich nichts anderes als die vandalistische Folge einer aufgrund der aktuellen Lage ungerechtfertigten Aktion, die von Geheimdiensten für eigene Ziele genutzt wurde. Für die historische Wahrheit ist es in diesem Zusammenhang von Bedeutung, dass damalige Initiatoren vom *Neuen Forum*, wie Reinhardt Schult, heute erklären, dass eine Erstürmung der MfS-Zentrale an diesem „Aktionstag“ nicht geplant war. Die überflüssige Aktion am 15. Januar 1990 machte den grundlegenden Fehler der Bürgerbewegungen in der Wendezeit deutlich – die einseitige Konzentration auf die Bekämpfung der sogenannten repressiven Institutionen der DDR, insbesondere das MfS. Die politischen Entscheidungszentren der BRD kümmerten sich inzwischen um die Übernahme der Macht auch im Osten. Die Bürgerrechtler sind heute die Sieger, die verloren haben, und die Stasi ist das einzige Thema geblieben, wofür sie noch gebraucht werden.

Vom 3. bis 5. Dezember 2004 hielten sie in Leipzig sogar eine wissenschaftliche Konferenz ab, bei der sie Erfahrungen über die Besetzung der MfS-Dienststellen austauschten. Man könnte den neuen Wissenschaftszweig *Stasinistik* nennen. Doch in Wirklichkeit wird nur deutlich, dass viele Bürgerrechtler, wie die *taz* am 3. 12. 04 treffend schrieb, zu „Gefangenen“ dieses Thema geworden sind. Es bildet inzwischen die Grundlage ihrer sozialen Existenz und sie müssen sich immer wieder spektakulär Neues einfallen lassen, um Presse zu machen und ihre politische Profitabilität zu nachzuweisen. Realitätssinn und Wahrheit bleiben dabei immer mehr auf der Strecke, während Steuermittel im wachsenden Maße vergeudet werden.

Auszug aus dem Verfassungsschutz-Handbuch der Bundesrepublik Deutschland von 1968 :

Die Mittel des geheimen Mitarbeiters sind Täuschung und Vertrauensbruch, im Fall des Counter Man (CM) geht Verrat voraus. Es ist müßig, ethische Betrachtungen anzustellen, da die Zielstellung sicherlich höher zu bewerten ist als der interne Verstoß gegen bestimmte Moralvorstellungen (sic!). Die Führung der V-Leute erfolgt nicht nur nach dem Prinzip der laufenden Erkenntnisgewinnung aus dem Objekt, sondern kann vorübergehend zu einem aktiven Einsatz führen, um durch die Stimme oder Meinung des V-Mannes die Beschlüsse eines verfassungsfeindlichen Gremiums in einem von dem Auftraggeber gewünschten Sinne zu beeinflussen.

Anmerkung: Der CM ist ein, wie es in der Geheimdienstsprache heißt, „überworbener“ Agent der Gegenseite. Gebräuchlich ist auch die Bezeichnung Doppelagent.

Ermordet am 11. Januar 1945 in Dresden

Otto Engert

Am 24. Juli 1895 in Prößdorf (Altenburg) geboren. Von Beruf Zimmermann. Tätig als Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“. 1913 Mitglied der SPD, 1919 Mitglied der KPD. Thüringer Landtagsabgeordneter, 1933 verhaftet und für acht Monate in Konzentrationslagern eingewiesen. Leitete gemeinsam mit Georg Schumann und Kurt Kresse von Leipzig aus die Arbeit der KPD in Sachsen und ihren antifaschistischen Widerstand. Mitte Juli 1944 verhaftet.

Kurt Kresse

Am 15. Mai 1904 in Leipzig geboren. Von Beruf Buchdrucker. 1924 Mitglied der KPD, Arbeitersportler, Leiter des Sportvereins „Fichte West“ in Leipzig. 1933 verhaftet und in Konzentrationslagern inhaftiert. Danach Leitung antifaschistischer Tätigkeit in Rüstungsbetrieben. Im Juli 1944 verhaftet.

Ermordet am 12. Januar 1945 in Dresden

Alfred Frank

Am 28. Mai 1894 in Lahr geboren. Von Beruf Lithograf. Mitglied der SPD, USPD, KPD (1920). Dozent an der Akademie der bildenden Künste. Lehrer an der Marxistischen Abendschule. Mitbegründer der Assoziation Revolutionärer Bildender Künstler in Deutschland. 1933 verhaftet und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Führendes Mitglied der Leipziger KPD-Widerstandsorganisation. Im Juli 1944 verhaftet.

Dr. Wolfgang Heinze

Am 25. Januar 1911 in Angermünde geboren. Von Beruf Jurist. Parteilos. Werkdirektor in den Leipziger Köllmann-Werken, einem Rüstungsbetrieb für Flugzeug- und U-Bootgetriebe. Gab wichtige betriebliche Informationen an die Leipziger Widerstandsgruppe und half ausländischen Zwangsarbeitern. War Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Im August 1944 verhaftet.

Arthur Hoffmann

Am 29. September 1900 in Wichelsdorf (Schlesien) geboren. Von Beruf Zimmermann. Mitglied der USPD, KPD (1920). Stadtverordneter der KPD in Leipzig. Gauleiter des Rotfrontkämpferbundes von Westsachsen; Mitglied der KPD-Bezirksleitung. Von 1933 bis 1937 inhaftiert in Konzentrationslagern. Danach antifaschistische Tätigkeit in Rüstungsbetrieben. Im Juli 1944 verhaftet.

Von **VOLKER KÜLOW**

Der namhafte marxistische Historiker Eric Hobsbawm bezeichnete – mit Blick auf den Kampf gegen den Faschismus – die dreißiger und vierziger Jahre in seinem epochemachenden Werk „Das Zeitalter der Extreme“ als „Dreh- und Angelpunkt und das entscheidende Moment in der Geschichte des 20. Jahrhunderts“. Ohne den Sieg der Sowjetunion über Hitlerdeutschland, ohne die Oktoberrevolution, ohne die antifaschistische Allianz kapitalistischer Staaten mit der Sowjetunion bestünde die Welt außerhalb der USA – so Hobsbawm weiter – „heute wahrscheinlich eher aus einer Reihe von autoritären und faschistischen Varianten als aus einem Ensemble unterschiedlicher liberaler, parlamentarischer Demokratien“.

Diese welthistorische Einordnung des damaligen Geschehens scheint gerade in der Bundesrepublik an der Schwelle zum Jahr 2005 geboten, denn die begonnene Debatte um den bevorstehenden 60. Jahrestag des 8. Mai 1945 zeigt, dass die Deutschen mit diesem Datum ihrer Geschichte noch immer nicht im Reinen sind. Die konkurrierenden Bezeichnungen für diesen historischen Tag sind einschlägig bekannt: Kriegsende, Kapitulation, Niederlage, Zusammenbruch, Untergang, Stunde Null, Besetzung, Befreiung. Keiner dieser Begriffe stellt eine bloße Erfindung dar, wie das für die hiesige nach wie vor gebräuchliche Bezeichnung Nationalsozialismus gilt, die von der faschistischen Bewegung und Diktatur in Deutschland benutzt wurde und vor allem ein Etikettenschwindel zu Werbezwecken war. Gerade deshalb ist es für die Linke auch künftig unverzichtbar, ein unverfälschtes Geschichtsbild über Faschismus und Krieg, über die politischen Wurzeln, die Triebkräfte und die Verantwortlichen zu zeichnen. Aber zur Erinnerung gehört eben nicht nur das Benennen der Täter, der Profiteure, der Helfer und Vollstrecker; es ist zugleich unsere bleibende Aufgabe, der Frauen und Männer zu gedenken, die bewusst als Gegner des faschistischen Regimes Widerstand geleistet haben und dafür Verfolgung bis zur KZ-Haft und selbst den Tod auf sich genommen haben. Wir tragen dafür Verantwortung, dass die historische Leistung des Antifaschismus in die Erbmasse des geschichtlichen Bewusstseins eingeht, wie Sonja Kurella ihre jüngste Tochter in der unlängst erschienenen Autobiografie zitiert.

Und wir müssen zugleich immer wieder daran erinnern – gerade auch in Leipzig – dass dieser Widerstand bereits lange vor dem 20. Juli 1944 begonnen hatte. Dies gilt auch und gerade für das Wirken einer der größten antifaschistischen Widerstandsorganisationen auf deutschem Boden – der Gruppe um Georg Schumann, Otto Engert und Kurt Kresse, deren Tätigkeit mit 15 Straßennamen, aber im Unterschied zu Carl Friedrich Goerdeler mit keinem angemessenen Denkmal im öffentlichen Raum unserer Stadt gewürdigt wird. Leipzig hat im Jahr 15 nach der Wende augenscheinlich noch immer ein Problem mit dem antifaschistischen Widerstand von kommunistischer Seite, wie zuletzt auch das Ablegen von nahezu 30 ruhenden vorwiegend antifaschistischen Schulnamen beweist.

Die Bedingungen für antifaschistisches Engagement in der Gegenwart sind kompliziert. Es gibt keinen Königsweg in der Auseinandersetzung mit den Neonazis und den sie befördernden politischen, sozialen und ökonomischen Rahmen; aber es gibt eine Vielzahl von Erfahrungen, Erkenntnissen und Sichtweisen, derer gerade wir



11. Januar, Südfriedhof, Leipzig: Blumen für Georg Schumann und Genossen

Foto: Märker

Zur Ermordung von Georg Schumann und Genossen vor 60 Jahren

Historische

Nachgeborenen uns über den Graben der Epoche hinweg immer wieder neu vergewissern müssen. Eine kritische und selbstkritische Überprüfung des historischen und gegenwärtigen Arsenal des Antifaschismus ist dafür unverzichtbar. Die Weiterentwicklung eines zeitgemäßen und wirksamen Antifaschismus erscheint nicht möglich und denkbar ohne die Reartikulation eines neuen sozialen Projekts, das die Lehren des staatssozialistischen Scheiterns verarbeitet.

Wer über 1945 und das Ende des Krieges redet, darf über den 30. Januar 1933 nicht schweigen. Es muss immer wieder daran erinnert werden, dass es vor allem die führenden Kreise des Großkapitals waren, die die Nazis an die Macht brachten, ihre Verbrechen finanzierten und vom Krieg profitierten. Es darf nicht vergessen werden, dass der kommunistische Widerstand der einzige massenhafte Widerstand gegen die Machtübernahme des Hitlerfaschismus war und auch den höchsten Blutzoll entrichtete.

Gerade angesichts der vielfältigen geschichtsrevisionistischen Verdrängungsleistungen in Politik, Medien und Wissenschaft im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 muss an die Grundwahrheiten des seinerzeitigen historischen Geschehens und die damit verknüpften geschichtlichen Erfahrungen erinnert werden. Während die politischen Eliten, aber auch ein Großteil der deutschen Bevölkerung, bis 5 nach 12 am Hitlersystem festhielten, hatten zehntausende KPD-Mitglieder und Sympathisanten schon frühzeitig dem Faschismus den Kampf angesagt, obwohl der Widerstand für viele mit Verhaftung, Folter und Tod endete.

Auch Georg Schumann und seine Mitkämpfer setzten als Mitglieder der illegalen Parteileitung des Bezirks Leipzig/Westsachsen trotz Polizeiaufsicht, wiederholter Verhaftungen und mehrfacher Zuchthaus- und KZ-Aufenthalte und immer größerer Gefahren ihre Widerstandsarbeit unbeirrt fort: In Betrieben und im Wohngebiet wurde antinazistische Widerstandspropaganda betrieben, wurden Handzettel verteilt und Flugblätter geklebt. Die konspirative Verbindung untereinander erfolgte oftmals über verschlungene Wege wie beispielweise die Puppenwagen der Kinder oder die Einkäufe der Ehefrauen. Wenn Elisabeth Kresse im Milchladen von Otto Engert auftauchte und bat „Spülen Sie mir doch bitte den Milchkrug aus!“ gelangten Nachrichten und Flug-

blätter, gelegentlich sogar theoretische Schriften – im Frühjahr 1943 hatten Schumann, Kresse und Engert u. a. „Leitsätze über die Liquidierung des imperialistischen Krieges und der Naziherrschaft“ ausgearbeitet – in Umlauf. Gemeinsam vermochten die drei zu anderen Widerstandsgruppen in Sachsen und Thüringen sowie zur Landesleitung nach Berlin Kontakt zu knüpfen und unter dem Namen „Freies Deutschland“ ein Netzwerk aufzubauen, dem zahlreiche Wissenschaftler, Juristen, Angestellte, Handwerker, freiberuflich tätige Künstler und Arbeiter angehörten. Auch die Verbindungen zu Medizinern konnten hergestellt werden, wie z. B. zum parteilosen Internisten und Röntgenarzt Dr. Fritz Gietzelt oder zu Dr. Margarete Blank aus Panitzsch.

Die Leitungsmitglieder der illegalen KPD-Bezirksleitung Leipzig/Westsachsen verstärkten ihre Aktivitäten im Verlauf des Jahres 1943. Arthur Hoffmann, Kurt Kresse und Georg Schwarz beschäftigten sich vornehmlich mit der Arbeit in den Großbetrieben; Karl Jungbluth und William Zipperer sorgten dafür, dass die organisatorischen Verbindungen im Stadtgebiet funktionierten. Ende 1943 gelang es, Verbindungen zu antinazistisch eingestellten Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche, wie z. B. zu Pater Aurelius Arkenau, herzustellen. Und wiederum ein Vierteljahr später erschien erstmals unter dem Motto „Widerstand gegen Krieg und Naziherrschaft“ eine illegale Zeitschrift, zu der Alfred Frank die grafische Gestaltung beisteuerte und die im Büro des Sozialdemokraten Georg Boock vervielfältigt wurde. Frei von dogmatischer Enge war aber nicht nur die Herstellung, sondern auch der Geist, den die Publikation bereits in der ersten der insgesamt drei erschienenen Ausgaben atmete: „Die Widerstandsbewegung ist keine Partei, sie fragt nicht nach Rang und Stand, ihr ist der Glaube und die Weltanschauung jedes einzelnen gleichgültig, denn sie will die Zusammenfassung aller Kräfte und ihre Ausrichtung auf den Sturz der Nazis, weil nur so der Krieg beendet werden kann.“

Das breite Verständnis von Bündnispolitik spiegelte sich auch in den Kontakten von führenden KPD-Funktionären mit Vertretern der Bewegung des 20. Juli wider. Und gerade das war die große, bis heute wirkende Leistung des Widerstandes: über die historisch oft fest gewachsenen Grenzen und Frontstellungen der Konfessionen und Traditionen, der Milieus und Werte, der lebensgeschichtlichen Prägungen und poli-

tischen Lagerbildungen hinauszugreifen.

Den nazistischen Repressionsorganen war trotz aller Vorsichtsmaßnahmen das Anwachsen der antifaschistischen Widerstandsbewegung nicht verborgen geblieben. Es gehört zur bitteren Realität des Widerstandes, dass es der Gestapo mit Hilfe von zwei eingeschleusten Spitzeln gelang, in die illegale Bewegung einzudringen. Der Chef der Leipziger Gestapo, SS-Obersturmführer Koops, schärfte Mitte Juli 1944 seinen Leuten ein: Zupacken, rücksichtslos durchgreifen! Nichts darf schief gehen! Himmler persönlich hat die Aktion befohlen. Innerhalb von drei Tagen wurden in der Reichsmessestadt 59 Antifaschisten – darunter fast die gesamte Bezirks- und Stadtleitung der KPD – verhaftet und in die Folterkeller der Gestapo in der Auen- und der Karl-Heine-Strasse verschleppt. Dank ihrer unbeugsamen Haltung in den stunden-

geben hat, wie es falsch wäre, daran zu zweifeln, daß dieser Widerstand grausam zersplittert, grausam isoliert war.“

Und auch der durchsichtige Anti-Antifaschismus der heute herrschenden Eliten, der unter dem Schlagwort des „verordneten Antifaschismus“ auf die Delegitimierung des gescheiterten Versuchs des Aufbaus einer neuen Welt zielt, darf nicht zu einer Immunisierung gegen rückhaltlose Selbstkritik führen.

Es gab in der DDR zweifellos eine tendenzielle Enthistorisierung und Idealisierung, eine fehlende sozial-historische Konkretisierung, vor allem aber eine starke Überbewertung des gesellschaftlichen Stellenwerts der Widerstandsaktivitäten der KPD. Die berechnete Hervorhebung der Kommunisten verwandelte sich in eine der Forschung abträgliche Abstraktion von den konkreten historischen Bedingungen von Terror und Widerstand und damit auch von deren

betonte in seiner Begründung, dass mit dem Gesetz die an den Tag gelegte „Waagschalenmentalität“ zu einer Relativierung und Verharmlosung der NS-Verbrechen führen würde. Das offenkundige Bemühen der sächsischen Staatsregierung, die DDR als die eigentliche Schreckensdiktatur der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts darzustellen, stieß naturgemäß bei konservativen Kräften auf einige Gegenliebe. Eine Gruppe von 20 Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU-Fraktion wollte am 30. Januar 2004 das umstrittene Sächsische Gedenkstättengesetz sogar als Modellbeispiel für den Umgang mit „beiden Diktaturen“ und den Gedenkortern mit sogenannter „doppelter Vergangenheit“ in den Bundestag einbringen. Verschreckt durch den Debattenverlauf zog man dieses Anliegen zunächst zurück. Allein dieser Vorstoß zeigt allerdings, dass sich die Tendenz zur Umbewertung der Erinnerungskultur in der BRD

Leistung des Antifaschismus

langen Verhören gelang es trotz Folter den Nazis nicht, Aussagen und Namen aus den Verhafteten auszupressen. Am 23. September 1944 erfolgte der Transport vom Untersuchungsgefängnis in der damaligen Moltkestrasse nach Dresden, wo vor dem „Volksgerichtshof“ wenige Wochen später in großer Eile die Terrorprozesse gegen die Leipziger Widerstandsbewegung durchgepeitscht wurden. Gegen Georg Schumann, Otto Engert, Kurt Kresse, Arthur Hoffmann, William Zipperer, Georg Schwarz, Karl Jungbluth, Alfred Frank, Richard Lehmann, Wolfgang Heinze und Margarete Blank werden zwischen dem 21. und 24. November 1944 die Todesurteile verkündet; Anne Hoppe, Helene Schmidt, Gertrud Frank u. a. erhalten mehrjährige Zuchthausstrafen. Eini- gige Angeklagte wie z. B. Hermann Luft, der Vater der PDS-Stadträtin Margitta Hollick, müssen mangels Beweisen freigesprochen werden. Am 11. und 12. Januar 1945 werden am Münchner Platz in Dresden die Verurteilten mit dem Fallbeil hingerichtet. Sein politisches Credo für die Nachwelt hatte Georg Schumann stellvertretend für alle Mitangeklagten bereits unmittelbar nach der Verurteilung erklärt: „Das Deutschland des Friedens und der Menschlichkeit – das sozialistische Deutschland – wird geschaffen von denen, die nach uns kommen werden, auch wenn wir sterben müssen.“

Es ist vielleicht der List der Geschichte anzuzurechnen, dass bei dem schweren Bombenangriff auf Dresden am 13. Februar 1945 Alfred Schellenberger und Dr. Fritz Gietzelt entkommen und sich bis Leipzig durchschlagen konnten. Ebenso wie z. B. Karl Krauß und Carl Hauke wurden sie dank der antifaschistischen Solidarität bis zum Ende der Naziherrschaft versteckt und somit vor dem sicheren Tod bewahrt.

Der Umgang mit dem Erbe des kommunistischen Widerstandes gegen den Hitlerfaschismus und seine Rezeption in der DDR gehört zu den schwierigsten Gegenständen linken historischen Selbstverständnisses. Mit Ernst Bloch bleibt zu fragen: Was bleibt, was ist unabgegolten? Und: was ist abgegolten, von welchen Mythen und Legenden, ja Fälschungen muss Abschied genommen werden? Anna Seghers hat sich in einem Brief aus dem Jahre 1947 die Marginalität des deutschen Widerstands sehr schmerzlich bewusst gemacht: „Es kommt mir ebenso falsch vor, daran zu zweifeln, daß es Widerstand in Deutschland ge-

Widersprüchen und Problemen. Immerhin begann in den 80er Jahren, nicht zuletzt auch durch die Lizenzausgabe von Peter Weiss' dreibändigem Romanwerk „Ästhetik des Widerstands“ in der DDR ein differenziertere Diskussion um Inhalt und Breite des Antifaschismus.

Der Schriftsteller Christoph Hein hat im Herbst 1989 in diesem Zusammenhang eine treffend-satirische und bis heute gültige Charakteristik der DDR-Geschichtsschreibung als „fünfte Grundrechenart“ formuliert. Danach werde zuerst der Schlussstrich gezogen und das erforderliche und gewünschte Ergebnis darunter geschrieben. „In einer Geschichtsbetrachtung, die dieser Grundrechenart huldigt, wird mit Auslassungen, Vernachlässigungen und scholastischen Rösselsprüngen gearbeitet, es wird verschwiegen und geglättet, um aus dem Labyrinth der Geschichte möglichst fleckenlos und schnell zu jenem Ausgang der Gegenwart zu gelangen, der dem gewünschten Selbstverständnis am nächsten kommt.“

Diese schmerzliche Einsicht ist eine unabdingbare Voraussetzung für linke und antifaschistische Kräfte, um sich glaubwürdig und überzeugend mit der heutigen Vergangenheitspolitik auseinandersetzen zu können, die vielfach noch einäugiger oder gar blinder daher kommt als ihre Vorgängerin. Eine konsequente Auseinandersetzung mit dieser Geschichtspolitik ist gerade im Freistaat Sachsen ein Gebot der Stunde, wenn man sich die Kontroverse um die unselige Stiftung Sächsische Gedenkstätten in Erinnerung ruft. Bekanntlich hatte der Sächsische Landtag Ende Februar 2003 das sogenannte Gesetz zur Stiftung Sächsischer Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewalt herrschaft verabschiedet. Der Vorsitzende des VVN/BdA Sachsen, Prof. Hans Lauter, nahm damals eine umfassende Bewertung des Gesetzentwurfes vor, der aus seiner Sicht „der demokratischen Erinnerungskultur wenig Raum“ gab und die Verfolgten des Nazi-Regimes „direkt diskriminierte“. Nach der Verabschiedung des Gesetzes, das „NS-Opfer“ und „Stalinismusopfer“ in einem gemeinsamen Beirat an den gleichen Tisch zwang, war der Eklat nur eine Frage der Zeit. Nach mehreren Interventionen seitens des Zentralrates der Juden in Deutschland und der NS-Opferverbände gegenüber der Staatsregierung traten diese Organisationen im Januar 2004 bekanntlich aus den Stiftungsgremien aus. Salomon Korn, der Vizepräsident des Zentralrates der Juden,

weiter verstärkt und die sächsische Staatsregierung zu diesem erinnerungspolitischen Paradigmenwechsel unbedingt ihr Scherflein beitragen will. Diese Umbewertung wird schubweise vorgenommen und ist trotz zum Teil sehr unterschiedlicher Facetten auf zwei strategische Ziele ausgerichtet, die Hand in Hand gehen bzw. sich einander bedingen: die vollständige Delegitimierung der DDR und die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen.

Zu den jüngsten Entwicklungen zählt die zunehmende Betonung der Opferrolle der Deutschen – sichtbar an den aktuellen Darstellungen und Publikationen zum Leiden der deutschen Soldaten, zum Bombenkrieg, zu Flucht, Vertreibung und Kriegsgefangenschaft – die gewollt oder ungewollt zur Verdrängung der Kriegschuldfrage führt. In der Geschichtswissenschaft gewinnen der historische Revisionismus und die Totalitarismuskritik zunehmend an Boden, medial untersetzt durch die „Knoopisierung“ des Fernsehens bzw. des Kinos, wie es unlängst das Bunkerspektakel „Der Untergang“ geradezu klassisch exemplifizierte.

Der Antifaschismus ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts wichtiger denn je, da der Schwur von Buchenwald „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“ ebenso aktuell bleibt wie Brechts Diktum aus dem Jahre 1955 „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. Den aktiven Kampf gegen den Faschismus, der bekanntlich keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist, sind wir aber nicht nur der heutigen und der nächsten Generation schuldig, sondern gerade der Generation von Widerstandskämpfern und Antifaschisten, die vor mittlerweile sechs Jahrzehnten ihr Leben für unsere Zukunft opferten und deren Andenken wir heute ehren.

Redaktionell leicht gekürzte Rede „Für ein Deutschland des Friedens und der Menschlichkeit“, die Dr. Volker Külöw auf der Gedenkveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. anlässlich des 60. Jahrestages der Ermordung von Georg Schumann, Otto Engert, Kurt Kresse, Georg Schwarz und Genossen am 12. Januar im Festsaal des Neuen Rathauses in Leipzig hielt.

Karl Jungbluth

Am 17. März 1903 in Hannover geboren. Von Beruf Optiker.

1930 Mitglied der KPD, ab 1933 der illegalen Leitung der KPD in Chemnitz, 1934 erstmalig verhaftet und zu acht Monaten Zuchthaus verurteilt. Ab 1937 beruflich in Leipzig tätig. 1943/44 beteiligt am Aufbau und Kampf der Bewegung „Freies Deutschland“ in Leipzig. Im Juli 1944 verhaftet.

Richard Lehmann

Am 28. Januar 1900 in Wien geboren, Studium der Volkswirtschaft, journalistisch tätig. Seit 1923 Mitglied der SPD. Gehörte der Leipziger Widerstandsorganisation unter Leitung von Georg Schumann an, verbreitete illegale Schriften, unterstützte politische Gefangene und versteckte Verfolgte des Naziregimes in seiner Wohnung, wodurch er ihnen das Leben rettete. Im August 1944 verhaftet.

Georg Schumann

Am 28. November 1886 in Reudnitz bei Leipzig geboren. Von Beruf Schlosser. Redakteur der LVZ. Mitbegründer der Leipziger KPD-Organisation. Politischer Sekretär der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg sowie Westsachsen. Gab als Chefredakteur den „Klassenkampf“ heraus. 1921 bis 1924 Abgeordneter des Preussischen Landtages und ab 1928 des Reichstages. Von den Faschisten inhaftiert und im Sommer 1937 nach Leipzig entlassen. Stand an der Spitze der KPD-Bezirksorganisation. Gehörte ab Herbst 1943 der operativen Leitung der KPD und des antifaschistischen Widerstandes in Deutschland an. Im Juli 1944 verhaftet.

Georg Schwarz

Am 27. März 1896 in Zwenkau bei Leipzig geboren. 1918 Mitglied eines Soldatenrates. Trat 1920 der KPD bei. Betriebsratsvorsitzender und Leiter der KPD-Betriebszelle in der Eisengießerei Max Jahn in Leipzig. Politischer Sekretär des KPD-Unterbezirks Leipzig. Ab 1929 Abgeordneter der KPD im Sächsischen Landtag. 1933 verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Wirkte für das Programm des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Zusammenarbeitet mit französischen Zwangsarbeitern in Espenhain. Im Juli 1944 verhaftet.

William Zipperer

Am 27. Dezember 1894 in Dresden geboren. Beruf Graveur. 1906 Mitglied der SPD, 1917 Anschluss an die USPD und die Spartakusbewegung. Mitbegründer der Leipziger KPD-Ortsgruppe. Von 1923 bis 1925 Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“. Danach Leiter einer Bücherstube in Leipzig. Führender Funktionär der sächsischen Parteioorganisation der KPD. Im Juli 1944 verhaftet.

Von Leipzig als weltweit bekannter Stadt des Buches und der Verlage ist nicht mehr viel geblieben. Von der „Weltstadt des Buches“ sei sie zu „einem Bücherdorf mutiert, das im Reigen der deutschen Verlagszentren an 26. Stelle steht, hinter Aalen, Ingolstadt und Ravensburg“, schrieb kürzlich der Verleger Elmar Faber in einem Essay über Leipzig. Nur ein weltweit beachtetes Ereignis erinnert noch an die ruhmvollen Zeiten der Weltstadt des Buches: die alljährlich im März stattfindende Leipziger Buchmesse. Wäre es nach einigen siegtrunke-

Schatten über der Buchmesse

nen Westlern gegangen, gehörte heute auch sie der Geschichte an. Aber es kam anders. Selbst der neuralgische Punkt Fortzug aus dem Stadtzentrum und Verlegung auf das neue Messengelände tat ihr keinen Abbruch. Im Gegenteil, die Buchmesse erlebte einen erstaunlichen Aufschwung und fand auch international zunehmende Beachtung. Doch seit zwei Jahren liegt ein Schatten über der Buchmesse, der immer länger wird und Unruhe in die Messe bringt. Geworfen wird er von dem größten Stand der Buchmesse – dem der Bundeswehr. An deren Stand gibt es keine Bücher, signieren keine Schriftsteller ihre Werke. Hier spielen von Lehrerinnen den Militärs zugeführte Schüler ein Weltregierungsspiel namens POL&IS (= Politik und Internationale Sicherheit), das letztlich dazu dient, auf diesem Umweg für den Dienst in der Bundeswehr zu werben.

Gegen diesen Missbrauch der Buchmesse gab es sowohl 2003 als auch im Vorjahr vielfältige Proteste. Am 20. Dezember vorigen Jahres haben Unterstützer der von Detlev Gaida und Jörg Windt aus Reichenbach i. V. gestarteten Unterschriftenaktion „Literatur ja – Armeepresentation nein. Keine Bundeswehr auf der Leipziger Buchmesse 2005“ – darunter die Landtagsabgeordnete Dr. Barbara Höll – ihr Anliegen und ihre Argumente dem Messechef Wolfgang Marzin und Buchmesse-Direktor Oliver Zille vorgetragen. Neben 1111 Unterschriften – darunter etliche aus dem Ausland – legte Gaida dem Messechef auch eine Mappe mit kritischen Stellungnahmen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens vor. Eine Zusage, dass in diesem Jahr die Buchmesse ohne die Bundeswehr stattfindet, gaben die beiden Herren nicht. Bleibt zu hoffen, dass in der Messeleitung die Einsicht um sich greift, dass die Militarisierung der Buchmesse ihr zunehmend schadet und zugleich der Widerstand gegen den Auftritt der Bundeswehr immer größere Kreise zieht. • E. SCHULZ



Begegnung der Bilder

„Begegnung der Bilder“ lautet die mit programmatischen Erwartungen verbundene erste Wechselausstellung im Neubau des Museums der bildenden Künste.

Museumsdirektor Dr. Hans-Werner Schmidt hat sich für die Hauptakteure der künstlerischen Auseinandersetzung um Abstraktion und Gegenständlichkeit entschieden, die Ende der Vierziger bis Mitte der Fünfziger zu Kontrahenten stilisiert wurden: Willi Baumeister (1889–1955) und Karl Hofer (1878–1955). Losgelöst aus der aufgeheizten Debatte der Vergangenheit treten die Bilder in einen Dialog und offenbaren durch den zeitlichen Abstand mehr Gemeinsamkeiten in den Grundkompositionen als bislang angenommen.

• D. M.

Die Sonderausstellung ist bis zum 27. Februar 2005 im Museum der bildenden Künste Leipzig, Katharinenstr. 10, dienstags sowie donnerstags bis sonntags von 10–18 Uhr und mittwochs von 12–20 Uhr zu sehen.

Der Eintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 4 Euro. Das Kombiticket für die Ausstellung und die Sammlung gibt es für 8 Euro, ermäßigt 5 Euro. An jedem 2. Sonntag im Monat ist der Eintritt frei. Der Ausstellungskatalog kostet 24 Euro.

Foto: Karl Hofer, Schießbude (1953), Öl. Repro MdbK Leipzig

Von Bach bis Ranzato in Leipzigs Konzerten

Die ersten drei Kantaten des Bachschen Weihnachtsoratoriums beherrschten das Leipziger Musikleben in der Vorweihnachtszeit. Dem Leipziger Oratorienchor unter Martin Krumbiegel bleibt eine Aufführung aller sechs Teile an zwei Abenden in der Heilig-Kreuz-Kirche zu danken. Als Dirigent und Evangelist bewies er mit der Aufführung erneutes Durchdenken des Werkes. Manches Rezitativ, auch mancher Choral erklangen bedachter, besinnlicher. Andere wiederum ließen mit neuen, keineswegs aber willkürlichen Akzenten aufhorchen.

Zu guter Letzt boten die „amici musicae“ am Hohen Neujahrstag die Kantaten 4–6 in der Lukaskirche. Vor Jahresende war vom Concerto Vocale und dem Sächsischen Barockorchester unter Gotthold Schwarz nochmals Händels „Messias“ in bewegender Gestaltung in der Thomaskirche zu hören.

Mit unbedingter Konzentration leitete Herbert Blomstedt letztmals als Chefdirigent die drei Aufführungen und die öffentliche Generalprobe von Beethoven „Neunter“. Wie immer widmete er sich ohne Aufsehen mit ganzer Kraft und Seele dem Werk. Wenn die ersten beiden Sätze bei ihm herber und konfliktgeladener als bei manch anderem Dirigenten klingen, wirkt nach dem innigen langsamen Satz der Jubel des Finales umso befreiender.

Von den Konzerten am Neujahrstag weckte das des Rundfunk-Sinfonieorchester und -chores die größte Aufmerksamkeit. Fabio Luisi hatte mit der gut 80 Jahre alten Operette „Das Land

der Glöckchen“ seines Landmannes Virgilio Ranzano eine Rarität ausgewählt. Der Komponist – ein italienisches Pendant zu Ralph Benatzky – nutzte zwischen Vertrautem alles, was Anfang der 1920er Jahre an modernen Lied- und Tanzrhythmen in Schwange kam, zu spritzigen und auch empfindsamen Gesangsnummern. Luisi, die Solisten, Chor und Orchester sorgten für Schwung und gute Laune.

Vergnügen bereiteten die Gesangsstudenten der Mendelssohn-Hochschule für Musik und Theater mit der

szenischen Aufführung des Offenbachschen Einakters „Salon Pitzelberger“. Da wurde in der witzigen Inszenierung Claudia Forners unter musikalischer Leitung von Alexander Bülow beherzt gespielt und gesungen. Bemerkenswert, wie pfiffig in der doppelt besetzten Einstudierung auch die ausländischen Studenten die Dialoge bewältigten.

Ein Verstand, Herz und Sinne beglückender Vormittag bleibt Günter Neuhold und der 25-jährigen großartigen rumänischen Pianistin Mihaela Ursuleasa im vierten MDR-Matineekonzert mit Wolfgang Amadeus Mo-

zarts Klavierkonzert Es-Dur KV 271 und Anton Bruckners vierter Sinfonie in der Zweitfassung zu danken. Die Solistin spielte ihren Part mit jener Leichtigkeit und Anschlagkunst, wie sie von Mozarts Klavierspiel beschrieben werden. Günter Neuhold, der kurzfristig für den erkrankten Marc Albrecht die Leitung übernommen hatte und hoffentlich erneut eingeladen wird, führte das Sinfonieorchester in knapper Probenzeit zu einer innerlich erfüllten Gestaltung der Bruckner-Sinfonie. Seine Tempi wirkten natürlich, gelassen entwickelte er die großen Steigerungen zu bezwingender Kraft, ohne sie zu überdrehen. Zum kultivierten Bläserklang kam eine nicht immer so warmherzige, elastische Tongebung der Streicher.

Angesichts der selten gewordenen Klavierabende war es erfreulich, dass Alexander Meinel eine stattliche Zuhörerschaft in den Mendelssohn-Saal des Gewandhauses lockte. Er spielte Beethovens Sonaten D-Dur op. 28 und c-Moll op. 111 durchdacht und empfindungsstark. Mit beherrschtem Anschlag erreichte er im hellhörigen Saal fast durchgängig große Klarheit. Doch dann ging er mit Alexander Skrjabin's vierter Klaviersonate und drei Stücken aus Igor Strawinskys „Petuschka“ gehörig in die Vollen. Und mit Franz Listzts zweiter Ungarischer Rhapsodie als Zugabe donnerte er doppelt so laut wie es einst Liszts Instrumente hergaben. Großer Jubel.

• WERNER WOLF

Ganz herzlichen Glückwunsch unserem Mitarbeiter Hans-Jürgen Berg.

Mit dieser in LN natürlich schon erschienenen Karikatur hatte Hans-Jürgen Berg zusammen mit Manfred Bofinger und Andreas Püstel die Nase vorn beim Karikaturen- und Comicwettbewerb der PDS „2010“ Die Agenda unterm Strich“. Insgesamt hatten sich 34 Teilnehmer mit 90 Arbeiten beworben.



Eine ehrliche, glaubwürdige Fluchtgeschichte

Wir hatten großes Glück im großen Unglück – so zitiert Hans-Joachim Liste am Ende seines Buches seine Mutter. Und hat man es gelesen, glaubt man ihr aufs Wort.

Liste, Sohn einer schlesischen Bauernfamilie, legt hier einen sehr sachlich, detailgetreuen, daher ungewöhnlich anschaulichen und glaubwürdigen Tatsachenbericht seines jugendlichen Lebens aus den Jahren 1944 bis 1949 vor. Er stützt sich dabei auf seine Tagebuchaufzeichnungen, auf Gespräche mit Familienangehörigen und Freunden, aber auch häufig auf zeitgeschichtliche Dokumente wie Zeitungsberichte oder auf Bücher von deutschen bzw. sowjetischen Militärgeschichtlern über das Kriegsgeschehen in dieser Zeit, auch über die Vier-Mächte-Beschlüsse zum Nachkriegs-Deutschland in Teheran, Jalta, Potsdam.

Die Flucht seiner Eltern begann Ende Januar 1945, als das nordwestlich von Breslau gelegene Heimatdorf schon unter Dauerbeschuss der Roten Armee lag. Sie führte anfangs mit einem Treckwagen westwärts und endete – nach mehreren Umwegen sowie Zwischenstationen – erst im April 1946 in einem Dorf bei Magdeburg.

Besonders im ersten Halbjahr hatten die Listes ungeheure Strapazen und lebensbedrohende Gefahren zu bestehen. Sie irrten tagelang zwischen den Fronten noch kämpfender Truppenteile umher, Granaten und Bomben schlugen unmittelbar neben ihnen ein, töteten Menschen wie Zugtiere aus ihrem Treck.

Anschaulich werden die panischen Reaktionen der Flüchtenden, ebenso wie die nicht selten aggressiv-ablehnenden Verhal-

Hans Joachim Liste: Unsere Flucht vor der Front. Militzke Verlag, Leipzig 2004. 288 Seiten, 18 Euro

tensweisen der Einheimischen in den an der Wegstrecke liegenden Orten bei Bitten um Hilfeleistungen beschrieben: Diebstahle, brutale Überfälle mussten immer wieder überstanden werden.

Das Buch beeindruckt nicht nur durch eine sehr realistische Darstellung dieser oft schrecklichen objektiven Ereignisse, sondern mehr noch dadurch, wie Vater, Mutter und andere Personen subjektiv mit diesen Härten fertig geworden sind, wie sie sich bemüht haben, trotz alledem besonnen, tatkräftig zu bleiben, sich gegenseitig Mut und Hoffnung zum weiteren Durchhalten zu geben.

Sehr bewegend wird das Aufeinanderangewiesensein von Menschen und (Zug-)Tieren geschildert. Ihre Pferde hatten für die Familie Liste eine überaus wichtige Funktion im Kampf ums Überleben. So wirkt es ergreifend, wie Eltern und Sohn Tag und Nacht aufopferungsvoll um sie besorgt waren. Ich kenne kein Buch dieses Genres, wo den Tieren eine solche liebevolle Aufmerksamkeit zuteil wird, ihnen ein solch imposantes Denkmal gesetzt wird.

Der Autor zeigt deutlich, wie sich etwa ab 1946/47 in der so-



werjetisch besetzten Zone die

Einstellung der Behörden und vieler Menschen gegenüber den Flüchtlingen/Umsiedlern geändert hat. Familie Liste erhält hier ein Bodenreform-Grundstück und kann sich so eine eigene Neubauernexistenz schaffen. Alle gehen voller Energie, unter Nutzung ihrer bäuerlichen Erfahrungen zu Werke, fassen relativ schnell Fuß, fühlen sich in der anfänglichen Fremde doch bald wieder wie zu Hause.

Der Autor, vom Bauernjungen zu einem angesehenen Agrarwissenschaftler der Universität Halle avanciert, hält sich von jeglichen vordergründigen politischen Agitationen fern, lässt sich schon gar nicht auf die üblichen Klischees oder gar auf die Reparationsansprüche der Vertriebenenverbände ein.

Er hat einfach die Chronologie der Verhältnisse und Erlebnisse seiner Familie in diesen vier Jahren sehr korrekt, zudem auf einem hohen schriftstellerischen Niveau aufgezeichnet. Das ist die beste Methode eines Zeitzeugen, um überzeugend zu wirken.

Ich möchte allen an dieser Thematik Interessierten diese Publikation ans Herz legen. Sie gehört zu den Spitzenleistungen in der mir bekannten einschlägigen Literatur.

• WALTER FRIEDRICH

Lebensläufe in den Mühlen der Geschichte

Helga Hirsch: Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2004, 256 S., brosch., 14 Euro

Wohlthuend hebt sich dieser Band von zahlreichen früheren, in Regie der Vertriebenenverbände herausgegebenen, zu Rache und Hass verleitenden Publikationen ab. Schon im ersten Beitrag, der die eigene Familie betrifft, betont die Autorin, dass die Geschichte der Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen nicht erst mit dem Kriegsende beginnt, sondern auf die Jahre 1933 und 1939 zurückgeht. „Insofern haben Deutsche den Mechanismus selbst in Gang gesetzt, der grausam auf sie zurückgeschlagen hat.“ In der Folge hält sie sich eng an die Erzählung der Protagonisten, beschönigt nichts, zeigt das Leid, die oft traumatischen Erfahrungen der Betroffenen, auch die psychischen Nachwirkungen über Jahrzehnte hinweg.

Die Lektüre ergibt am ganz persönlichen Schicksal Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Aufnahme der „Flüchtlinge“, wie die Anfangsbezeichnung überall lautete, in den Besatzungszonen. Und in den meisten Fällen stellte sich im Verlaufe der Jahrzehnte, bei diesem früher, bei jenem später, ein Bewusstseinswandel ein: von der anfänglich schroffen Distanz hin zum Bemühen, auch die andere Seite zu verstehen oder sogar zu Polen, Tschechen und Slowaken „Brücken zu bauen“. In einem analysierenden und resümierenden Schlusskapitel diskutiert die Autorin Probleme wie den Wandel der individuellen und „kollektiven“ Gedenkkultur, die psychischen Folgen des Heimatverlustes, den Begriff Heimat selbst, die Integrationsprobleme. Interessant die Belege dazu, dass nicht nur in der

SBZ/DDR Organisationen der vom Heimatverlust Betroffenen verboten waren, sondern anfangs auch in den Westzonen. Erst als sich mit dem einsetzenden Kalten Krieg Aktivitäten von Vertriebenenverbänden gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten politisch instrumentalisieren ließen, wurden ab Frühjahr 1948 solcherart Organisationen durch die Besatzungsmächte zugelassen. Bei der hierzu betrachteten Gesetzgebung in Ost wie West wäre auch das Volkskammergesetz vom September 1950 „Über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der DDR“ einer Erwähnung wert gewesen. Mit kritischem Blick auf die Landsmannschaften verwendet Helga Hirsch jedoch „Recht auf Heimat“ unkritisch – einen Begriff, den das Völkerrecht nicht kennt. Nicht akzeptabel ist auch die Meinung, dass „die Deutschen“ im Verlauf des Wandels ihres kollektiven Gedächtnisses von „Nie wieder Krieg“ zu „Nie wieder Völkermord“ den NATO-Krieg gegen Jugoslawien mit der Erinnerung an den Holocaust legitimiert hätten. Kennt die Autorin die Proteste gegen diesen völkerrechts- und verfassungswidrigen Krieg nicht, die auch zu Verfassungsklagen gegen die Bundesregierung führten? Diese punktuelle Kritik schmälert den Gesamtwert der Publikation jedoch kaum. Nach der Lektüre wird vielmehr verständlich, warum Helga Hirsch kürzlich eine Erklärung initiiert hat, mit der 70 prominente Deutsche des geistig-kulturellen und politischen Lebens auf ehemaliges Eigentum in Gebieten, aus denen Vertreibung und Zwangsumsiedlung erfolgt sind, ausdrücklich verzichten und damit einen wertvollen Beitrag zur Verständigung mit den Nachbarn im Osten und Südosten leisten. • GERHARD FUCHS

PB privat

Thomas Grimm: Das Politbüro privat. Ulbricht, Honecker, Mielke & Co. aus der Sicht ihrer Angestellten. Aufbau Verlag, Berlin 2004. 262 Seite, 17,90 Euro

Das SED-Politbüro, dessen Einrichtung im Januar 1949 beschlossen wurde, war das politische Machtzentrum der DDR. Über das private Leben seiner Mitglieder, die im Februar 1960 aus dem geschlossenen Areal Berlin-Pankow in das 30 Kilometer nördlich von Berlin bei Wandlitz errichtete Wohnobjekt „Waldsiedlung“ umsiedelten, wusste man zu DDR-Zeiten so gut wie gar nichts. Jetzt ist aus der Sicht ihrer Angestellten eine Art „Sittengemälde sozialisti-

Canaris und die „Brandenburger“

Hans Bentzin: Division Brandenburg. Die Rangers von Admiral Canaris. edition ost, Berlin 2004. 256 Seiten, 12,90 Euro

Hans Bentzin, studierter Historiker, ehemals Kulturminister der DDR, letzter Chef des DDR-Fernsehens, ist in den letzten Jahren mit interessanten, gut lesbaren und sauber recherchierten Büchern zur deutschen Geschichte hervorgetreten. Sein jüngstes Werk widmet er jener Division Brandenburg, von der der gelernte DDR-Bürger schon immer wusste, dass sie schlimme Kriegsverbrechen begangen hatte und als Soldaten der

Wehrmacht jedes Kriegsgesetz missachtet haben. Aber das konkrete Wissen zu den „Brandenburgern“ fehlte meist, ebenso wie das Wissen zur zwiespältigen Figur von Admiral Canaris. Hier nun setzt Bentzin an. Er bringt einen interessanten Lebenslauf des Abwehr-Chefs Canaris, und dann informiert er über die Einsätze dieses Verbrechertrupps, der immerhin mit der Zeit Divisionsstärke erreichte und der sich für keine Schweinerei zu gut war. Noch vor dem Beginn von Kriegen handelte er auf fremdem Boden in Polen, Frankreich, Griechenland, Serbien, Dänemark, Norwegen und der Sowjetunion.

Aber nicht nur hier. Auch in Rumänien, Indien, Afghanistan und dem Irak vollbrachten die „Brandenburger“ Sabotageakte. Und Bentzin schildert auch, woher sich die Truppe rekrutierte: Auslandsdeutsche aller Couleur, Südtiroler, Balten, Ukrainer und Kollaborateure vieler Nationen. Besonders interessant dürften für Sachsen die Ausführungen zur indischen Legion sein, denn diese lag ja, von den Zeitgenossen als Exoten bewundert, zeitweilig in Königsbrück und Frankenberg.

Fazit: Ein Sachbuch wie ein Krimi, faktenreich, gut lesbar. Für jeden Leser ein Gewinn.

• DIETER KÜRSCHNER

Künstler für Montagsdemos Aufruf

LN: Steffen Reichardt, Sie sind Sänger, mancher Leipziger kennt Sie nicht zuletzt dank ihres Auftritts nach der Kundgebungsrede von Oskar Lafontaine vor der Oper im vergangenen Herbst. Jetzt rufen Sie Künstler aller Genres aus der Leipziger Region auf, sich zusammen mit den von den Hartz-Armutsgesetzten Betroffenen für wirkungsvollere, für emotional nachwirkende Montagsdemonstrationen einzusetzen. Was fehlt diesen Demos Ihrer Meinung nach?

St. Reinhard: Ich bin ja fast jeden Montag dabei, denke schon einige Zeit darüber nach, wie diese Zusammenkünfte vor allem durch Künstler mehr Wirkung bekommen könnten. Da meine ich Unterstützung beim Plakatmalen ebenso wie kurzzeitig installierte Werke von bildenden Künstlern und natürlich Auftritte von Sängern, Tänzern, Schauspielern nicht nur während der Kundgebung, sondern auch im Demonstrationszug. Dem Ideenreichtum sind keine Grenzen gesetzt. Ich meine ein dauerhaftes Engagement. In den Zwanzigern gab es die zündenden Agit-

prop-Truppen. Das zu kopieren, würde heute wahrscheinlich wenig Wirkung haben, und auch ein Ernst Busch oder ein Degenhardt lässt sich nicht aus dem Hut zaubern. Aber es hatte eben jede politisch brisante Zeit ihre künstlerische Avantgarde, ihre künstlerischen Multiplikatoren. Der Rechtsruck dieser Gesellschaft, die Umverteilung von unten nach oben, wie sie die Bundesrepublik bisher nicht kannte, schreit nach einem Protest, der die Massen emotionalisiert, aufrüttelt.

LN: Welche Erwartungen haben Sie mit Ihrem Aufruf an Leipzigs Künstler?

St. R.: Erst einmal nur, dass sich überhaupt welche bei mir melden und wir gemeinsam beraten, was alles möglich wäre, um – in erster Linie – die Montagsdemos für die Teilnehmer zu einem bleibenden, zu einem noch mehr Bürger mobilisierenden Erlebnis zu machen, auf dass sich die Regierenden der Kampfkraft des Volkes wieder ein bisschen bewusst werden.

Gemeinsam könnten wir bestimmt noch viele Ideen entwickeln. Ich warte auf Anrufe: **034204 - 700 948 oder 0178 - 6597350**

„... lehne die Machtpolitik polnischer Führer ab“

Es treibt mir schon den Zorn ins Gesicht, zur Kenntnis nehmen zu müssen, wie Polens Führer und rechte Kräfte agieren. Erst willfährige Kriegspolitik als Vasalle der USA im Irak, jetzt Handlanger mit eigenen Interessen bei der „westlichen Zersetzung“ der Ukraine, auch Demokratisierung genannt. 1920 Überfall Polens auf die schwache Sowjetukraine und Annexion von Territorien, mit Duldung und Unterstützung Deutschlands, Englands, Frankreichs, den USA. Historisch gesehen kann ich den latenten, national motivierten Antirassismus vieler Kreise Polens ja nachvollziehen, aber nicht begreifen, geschweige denn akzeptieren.

Froh bin ich noch heute darüber, dass die DDR auf Freundschaft zum polnischen Volk gesetzt hat, dass die Grenze zu Polen niemals in Frage gestellt wurde. Nicht froh bin ich, dass aber zu gleicher Zeit die Rolle Polens vor dem zweiten Weltkrieg tabu war. Deshalb haben es auch die Geschichtsfälscher von heute so leicht, mit ihrer Darstellung und Schuldzuweisungen zum Hitler-

Stalin-Pakt und anderen Geschehnissen dieser Zeit.

Mein Vater als geschichtsinteressierter und belesener deutscher Landwirt in Polen hat mir viel über das Zusammenleben und die Konflikte erzählt, die mit dem aufkommenden Nationalismus in Deutschland und Polen zusammenhängen. Er sprach nie mit Hass oder Groll über „die Polen“.

Ich habe bis heute keine Vorbehalte gegen polnische Bürger, lehne aber entschieden die Machtpolitik polnischer Führer ab. Mit diesen durchsichtigen Ambitionen und dieser Einmischung in ukrainische Angelegenheiten geben Kwasniewski und andere Wasser auf die Mühlen derer in Deutschland, die ihr Land, ihr Eigentum, ihren Einfluss in Polen wiederhaben möchten.

Können das die polnischen Bürger wollen?

Oder haben sie ihre Rolle in der EU nur missverstanden? Aus der Geschichte kann man *nur gemeinsam* lernen oder gar nicht.

EDMUND PELZER,
LEIPZIG

Wahl-Szenarios

Bei der Präsidentenwahl in der Ukraine bot sich ein Szenario, das bereits in vielen anderen Staaten wirkungsvoll praktiziert wurde. Es ist doch auffällig, dass in Ländern, in denen Wahlen anstehen nur auf Grund der Vermutung, sie könnten nicht nach westlichen Vorstellungen ablaufen, sofort massiv Einfluss genommen wird, um angeblich zu sichern, dass diese demokratisch, sprich im kapitalistischen Interesse verlaufen. Dabei wird der dem Westen nicht genehme Kandidat öffentlich diskredi-

tiert, gleichzeitig wird ein pro-westlicher Kandidat präsentiert, der angeblich allein in der Lage ist, das Land zu Fortschritt und Wohlstand zu führen. Diese Person ist in nicht wenigen Fällen direkt von der CIA gelenkt.

Ist dann der Heilsbringer an der Macht, merken die Menschen plötzlich, dass ihr Lebensstandard statt zu steigen, rapide sinkt. Viele Bürger aus Neufünfland haben diese Erfahrung bereits gemacht ...

G. FLEISCHHAMMER, LEIPZIG

Auch im abgelaufenen Jahr wurden wieder die sprichwörtlichen Katzen aus dem Sack gelassen. Beginnen wir mit dem Superwirtschaftsminister Clement. Noch ins Neujahrgelächte hinein erklärte er, „dass Politik keine Arbeitsplätze schaffen“ könne. Aber hat sich denn nicht sein Kanzler bei zwei Wahlen monatelang als oberster deutscher Arbeitslosenbekämpfer angepriesen? Außerdem, kann nicht jede Regierung Rahmenbedingungen zugunsten oder zu Ungunsten der Beschäftigungsförderung einführen? Zudem gab es einen vom Vorgänger gut aufgestellten 2. Arbeitsmarkt, den sie drastisch reduzierte, ohne dass Plätze vom 1. Arbeitsmarkt aufgefangen wurden.

Mit Harz IV schoss der Kanzler seine stärkste Wunderwaffe ab. Sollte sich nun die Selbstmordrate in Deutschland erhöhen, sind die Grenzen politischen Handlungsspielraumes überschritten.

Aufs Maul geschaut

Dann bin ich – wie eine betroffene Leipzigerin gegenüber Reportern – auch dafür, dass die Verantwortlichen erst vor ein Gericht und dann hinter Schloss und Riegel kommen. Zumal die erpresserische Behauptung von der Alternativlosigkeit eine Lüge ist.

Und wir erinnern uns auch an die flotte Zunge der seit der Wende besser verdienenden Ex-Bürgerrechtlerin Lengsfeld, die in der Presse mit Übermut verkündete, dass es den ALG II-Betroffenen besser gehe, als Normalbürgern in der DDR. Da ergibt sich doch die sinnvolle Frage, welche ehemaligen Normalbürger und jetzige Verlierer die Dame um eine solche Einschätzung gebeten haben?

Unseren letzten ostdeutschen Regierungschef de Maiziere dürfen wir auch nicht vergessen. Seiner Ansicht nach gab es

früher hierzulande ebenso viele Arbeitslose, sie seien nur geschickt versteckt worden. Da wundern sich aber die Beschäftigten vom VEB Galvanotechnik Leipzig bis hin zur Neptunwerft Rostock, dass sie auf den Zeichenbrettern nichts entwickelt, in den Produktionsbereichen nichts fertigten, in alle Welt nichts exportierten und nun die Rente für nichts kriegen. Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer fiel lediglich mit einem unpassenden Einfall auf, als er Clement mit dem SED-Wirtschaftsmann Günter Mittag verglich. An Arroganz und Ignoranz mögen es beide vielleicht miteinander aufnehmen. Aber unter Mittag wurden in wirtschaftsschwachen Regionen wohnortnah massenhaft Arbeitsplätze geschaffen.

J. SPITZNER, LEIPZIG

Konzern-Sponsoring über die Werbung?

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

SPENDEN an:

Projekt Linke Zeitung e. V.,
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 –
BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein feines Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

RECHNUNGSANSCHRIFT

(nur extra ausfüllen, wenn dies ein

Geschenkabonnement ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers



Von
**KLAUS
HUHN**

Das neue Jahr hat begonnen und man erinnert sich kurioserweise an Ereignisse, die Jahre zurückliegen. Neulich sah ich im Fernsehen irgendwelche britischen Eiskunstläufer und plötzlich kam mir in den Sinn, wie ich vor Jahrzehnten von einer berühmten britischen Eiskunstläuferin gebeten worden war, etwas zu übersetzen. Der DDR-Sportverband hatte die renommierte Britin als Trainer engagiert, darauf hoffend, dass es mit ihr mit dem Eiskunstlauf vorangehen würde. Die Frau verstand ihr Handwerk – forderte ihre Gage – und machte sich in der Berliner Werner-Seelenbinder-Halle ans Werk. Ihr Engagement währte nicht lange. Sie packte ihre Koffer und als sie mitteilen wollte, warum sie den Vertrag augenblicklich kündigen wollte, bat sie mich um Übersetzerhilfe. Der Kern ihres Motivs klang beinhart: „Diese Mädchen hier eignen sich alle hervorragend für Eiskunstlaufweltmeisterschaften, aber eben nur als Kartenabreißerinnen am Eingang.“ Sie flog davon und eine junge als Trainerin völlig ungeübte Frau, die sehr skeptisch war, übernahm das Training. Sie heißt Jutta Müller, und während die Britin trotz ihrer Olympiamedaille längst vergessen ist, schwärmen heute noch viele von Jutta (ich auch).

Wie man weiß, steht es derzeit auch nicht gerade zum Allerbesten um den deutschen Eiskunstlauf. Und weil ständig die Frage gestellt wird, wie man möglichst schnell wieder an die Weltspitze kommen kann, las ich neulich (9. November 2004) mit Interesse, was Katarina Witt in der Berliner taz dazu geschrieben hatte: „Leistung, Leistung, nochmals Leistung – in keinem anderen Bereich der DDR-Gesellschaft wurde das Leistungsprinzip derart konsequent und kompromisslos durchgesetzt wie im Sport. Das begann bei der Suche nach Talenten, setzte sich bei der Förderung des

Nachwuchses fort und endete bei der Belohnung der Spitzenathleten. Mein Weg führte mich damals in Karl-Marx-Stadt direkt vom Betriebskindergarten in den Sportklub. Das geht heute schon deshalb nicht mehr, weil es keine Betriebskindergärten mehr gibt. Normalerweise wurden sportliche Talente ohnehin durch die Trainer entdeckt, die von Schule zu Schule pil-

ich zufrieden sein. Für dieses Ziel habe ich bis zu sieben Stunden am Tag trainiert. Heute finden junge Sportler diese Bedingungen in ihren Schulen äußerst selten vor. ... Die Länge der Schulzeit muss flexibel sein, der Stundenplan und Lehrumfang muss sich am Trainingspensum orientieren. ... Aber noch wichtiger als die sichtbaren Belohnungen war die Anerkennung in

Sportkolumne

Von Kati lernen, heißt...

geraten und systematisch nach Kindern suchten, die Freude und Begabung für verschiedene Sportarten mitbrachten. Mit dieser gründlichen Suche ist zu erklären, dass ein kleines Land wie die DDR derart erfolgreich im Sport war. Heute verlässt man sich darauf, dass ambitionierte und ehrgeizige Eltern selbst aktiv werden und ihre Kinder zu den Eislauf-Vereinen bringen. Scharen von Kindertrainern, die geduldig im ganzen Land nach Talenten suchen und mit deren Ausbildung beginnen, kann sich der deutsche Sport längst nicht mehr leisten. Ein ‚Casting‘ gibt es heute selbst im Fernsehen für alle möglichen und unmöglichen Talente. Für Sportarten, die zunächst kein Geld bringen, sondern etwas kosten, gibt es so ein Casting leider nicht. War ein Talent dann erst einmal entdeckt, wurde es gehegt und gepflegt. An den anderen, weniger begabten Kindern verlor das DDR-Sportsystem schnell das Interesse. Es herrschte eine streng leistungsorientierte Auslese. Ich wechselte in der 3. Klasse an die Kinder- und Jugendsportschule meiner Heimatstadt, ab der 5. Klasse erhielt ich dort Einzelunterricht. Die Schule nahm auf den Trainingsalltag der Sportler Rücksicht, ohne etwas zu verschenken. Natürlich gab es im Alltag der DDR wenige Alternativen, die so viel gesellschaftliche Anerkennung und materielle Vorteile versprachen wie der Leistungssport. ... Aber das entscheidende Motiv für mich war nichts anderes, als die Beste zu sein. Ich war knapp 14, als für mich feststand: Erst an der Weltspitze werde

der Gesellschaft. Sie war natürlich politisch motiviert, weil die DDR sich mit Siegern schmücken wollte. Aber die Wertschätzung für den Einzelnen blieb über das Ende seiner Karriere hinaus bestehen. Gaby Seyfert, die Anfang der 70er Jahre Weltmeisterin im Eiskunstlaufen war, blieb bis in die letzten Tage der DDR eine populäre Person. ... Hierzulande werde ich als ‚ehemalige‘ Olympiasiegerin vorgestellt, in den USA heißt es immer: ‚The 2time olympic champion‘ (die zweifache Olympiasiegerin). Man ist es und bleibt es. ... Wer nur alle vier Jahre nach Olympischen Spielen jammert, dass es wieder weniger Medaillen geworden sind, wird nichts ändern, solange er sich nicht selbst bewegt. Als Sportler nicht, als Sportsystem auch nicht.“

Deutlicher geht's kaum! Natürlich können mir Leser entgegenhalten: „Das ist doch für uns nichts Neues!“ Sie haben völlig Recht. Sie könnten auch noch einwenden, dass im deutschen Sport kaum jemand bereit ist, sich von Katarina Witt belehren zu lassen, weil anderthalb Jahrzehnte Anti-DDR-Medien-Agitation auch im Sport nicht mit einem Besen einfach weggekehrt werden könnten. Natürlich wird ein Land nicht daran gemessen, wie viel Eiskunstlauf-Olympiasieger es hervorbringt, aber dazu gehört – siehe oben – eben auch der Betriebskindergarten und der wird wohl kein Comeback in dieser Gesellschaft feiern. Er stammt eben aus dem anderen System. Ich glaube, es hat alles was mit dem System zu tun. Bis hin zum Eiskunstlaufen.

TELESKOP

Weihnachten – ein leitkulturelles Fest des Friedens und der Liebe

Vielleicht finden Frieden und Liebe ja in den Kirchen statt, in die laut LVZ-Orakel vom Weihnachtsvortag 43 Prozent aller Leipziger am Weihnachtsabend gehen würden. Wenn sie denn alle reingepasst hätten. Die, die dann tatsächlich gingen und auch Platz fanden, hatten gewiss das bessere Programm als ihre Brüder und Schwestern vorm Fernseher. Lassen wir mal all den Kitsch für zarte Gemüter beseite, all die Mariannen und Michaels, die weißblauen Wintergeschichten und die rührseligen Märchen vom heilen Familienleben, der Liebe eben, denn wenn die Bescherung vorbei ist, die Würstchen und aller Salat weggeputzt, die Kinder und Enkel im Bett sind, folgt unerbittlich das, was man bei der CDU womöglich zuallerst unter deutscher Leitkultur versteht:

Unforgettable, Psychothriller aus den USA; Ohne Ausweg, ein Actionfilm aus den USA; Beichtstuhl der Begierde, ein TV-Melodram aus Deutschland; Schneller als der Tod, Western, USA; The Storm Riders, Actionfilm aus Hongkong; American Gigolo – Ein Mann für gewisse Stunden, Thriller, USA; Spuren von Rot, Thriller, USA usw. usf.

Also gut, ein Glas Rotwein, ein überfälliger Familienplausch und den Kasten abgeschaltet. Morgen ist ja auch noch ein Fernsehtag. Meint nicht irgendein Slogan: Gernsehtag? Womöglich mit dem Weihnachtsfest der Volksmusik oder gar mit Sissi oder mit Rosamunde Pilcher und ihrem himmelnahen Schmarn? Die Alternative am 25. 12. wieder ganz deutsch-leitkulturell: im Ersten zu ganz, ganz später Stunde der Gewaltschinken Jesus; in anderen Programmen: Claude Chabrol. Süßes Gift, Psychothriller, Frankreich/Schweiz; Tödliches Vertrauen, Thriller, USA; Shadow of the Vampire, Horrorfilm, USA/GB; Alarmstufe: Rot, Actionfilm, USA.

Weihnachten, so viel steht fest, ist nur ganz privat ein Fest des Friedens, im Privaten Fernsehen und selbst im öffentlichen Rechtlichen ist es ein Fest des Kitsches, der Gewalt und des Horrors. So wie alle Tage. Und so wie alle Tage mit höchsten Einschaltquoten. Glückwunsch an die wahren Christenmenschen von CDU und CSU, euer steter Tropfen höhlt den Fernsehkonsumenten.

• M. WARTELSTEINER

LISA

lädt ein zu einer weiteren Folge „Unterm Dach. Literaturcafé am Freitag“:
ERZÄHLEN und SCHREIBEN.
Lesung und Begegnung mit der Freitagswerkstatt/ Verein DIALOG e.V.
Freitag, 28. Januar, 18.00 Uhr
Karl-Liebknecht-Haus, Braustr. 15

WIR DANKEN

allen unseren Lesern, Autoren, Freunden und Verbündeten, die uns mit ihren Neujahrglückwünschen Mut und Kraft für das weitere Erscheinen einer aufmüpfigen wie aufklärenden LEIPZIGS NEUE gaben.
Besondern Dank auch all jenen, die uns wieder mit Spenden unterstützten.
Das Redaktionskollektiv von LN

Am 28. Dezember 2004
verstarb

unser Freund und Genosse

Günter Münch

Er war ein unermüdlicher Streiter für eine bessere Welt und den Frieden.

Im Namen seiner ehemaligen Mitstreiter
Karl-Wilhelm Nuß

Ich war überzeugt, die Parteien würdigen nur ihre Klügsten in Parlamente wählen lassen, doch ich hatte Lars Rohwer von der CDU noch nicht gekannt. Ein Interview, das in der LVZ am 17. 12. 2004 veröffentlicht wurde, belehrte mich, genauer hinzusehen. Es strotzt von Primitivität und Unverfrorenheit. Die PDS mit der von Westdeutschland herübergewehten NPD gleichzusetzen, weil die Neo-Nazipartei – wie die PDS – angeblich auch antikapitalistisch sei, ihr sogar zu unterstellen, den Neonazis in Ostdeutschland den Boden bereitet zu haben, hat so noch kein Parlamentarier zu sagen gewagt. Dieser Herr gab kund, dass seine Gegner links und rechts stehen, doch auf die NPD müsse er sich noch einstellen. Zwei der mit Sicherheit aus der CDU-Fraktion stammende „Demokraten“ aber

Ein CDU-Mann namens Lars Rohwer

haben diesen Schritt wohl schon vollzogen, als sie bei geheimen Abstimmungen die NPD-Fraktion nicht nur zahlenmäßig stärkten. „Wir müssen“, so versicherte Rohwer, „rhetorisch scharf die Kontroverse suchen, mit guten Argumenten und viel geschichtlichem Wissen“.

Selbst als 32-Jährigen kann ihm nicht die Gnade der späten Geburt gewährt werden. Wenn er schon nicht miterleben musste, wie Hitler verbal gegen die Plutokraten wettete, insgeheim aber mit Hilfe der superreichen Industriellen sich auf die Machtübernahme vorbereitete, dann sollte er sich schleunigst bemühen, das in unzähligen Schriften dargelegte wirkliche Geschehen kennenzulernen. Wenn ihm nicht gerade Adenauer und BRD verherrlichende Märchenbände in die Hände fallen, dürfte er sich nicht nur Wissen über das verbrecherische, von der NPD gelobte Hitler-Regime aneignen können, er würde auch erfahren, dass viele Nazigrößen, durch „Persilschein“ freigesprochen, im Nachkriegsstaat Westdeutschlands oftmals in gleicher Position weiter tätig sein durften.

Herr Rohwer fordert Wissen ein und weiß nicht, wie es zum Beispiel Louis Fürnberg ausdrückte, „daß sich Kapitalismus und Imperialismus im Faschismus die Waffe schmieden suchten, mit der das Heraufkommen einer neuen Gesellschaft verhindert werden sollte“.

SIEGFRIED MÜLLER, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion

Mit Interesse habe ich den sorgfältig recherchierten Beitrag über die Dübener Heide von Maxi Wartelsteiner gelesen. Seit 1954 mit der Heide verbunden, hat meine Familie viel Freude, aber auch tiefen Schmerz in diesem schönen Stück Erde erfahren. Nachdem ich von meiner Arbeit entsorgt wurde, hatte ich genügend Zeit, mich dort der Hobbygärtnerei zu widmen. In einer Gartenanlage des höchsten Dorfes der Dübener Heide. Zu



Zu LN 25/26 '04: Der Förster denkt und der private Besitzer lenkt

Es ernten die, die nicht gesät haben

allen Jahreszeiten und bei jedem Wetter verbringe ich viel Zeit im Wald. Weiß, wo das Hirschrudel steht, die Rote Wildschweine zu finden ist und der Fuchs vor

meine Kamera läuft. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurde es selbst für einen forstwirtschaftlichen Laien sichtbar, wie dieser schöne Landstrich allmählich dahinsiecht. Die Symptome sind wie im LN-Beitrag treffend beschrieben und auch die Ursachen. Auch meine Fotos (siehe links) objektivieren die Ausführungen der Autorin und meine Beobachtungen. Sie belegen, dass die von selbsternannten „Fachleuten“ oft verbreitete Auffassung, dass all die abgeschnittenen Kronen, das Bruchholz nach Frost und Stürmen zur naturnahen Forstwirtschaft gehören, der Prüfung in der Praxis nicht standhält. Die Arbeit engagierter Heimat- und Natur-

Dieser Brief erreichte uns per Mail von der PDS-Basisgruppe Grünau-Mitte:

Zu Weihnachten ziehen besonders die Fernsehsender alle Register der Barmherzigkeit. Da wird an das Gewissen appelliert, doch Armen und Bedürftigen zu helfen. Man geht davon aus, dass gerade zu dieser Zeit das Geld locker sitzt. Dass es bitter notwendig ist, weltweit täglich zu helfen und zu unterstützen, ist selbstverständlich allen humanistisch denkenden Menschen bewusst. Dazu bedarf es nicht der Scheinheiligkeit der Medien. Im kommenden Jahr wird es auch bei uns in Leipzig noch sichtbarer, was einst Herr Kohl mit blühenden Landschaften meinte. Nämlich Armut per Gesetz. Unser Genosse Hans Speer erhielt dieser Tage einen Brief von einer unserer Genossinnen, die das Glück hat, arbeiten gehen zu dürfen. Da sie einen Dienstplan hat, der eine Teilnahme an unseren Basisver-

... und allen Menschen einen Wohlgefallen

anstaltungen fast unmöglich macht, hat sie ihre Weihnachtsgedanken sehr nachhaltig und erschütternd aufgeschrieben. Das wollen wir den Lesern von LN nicht vorenthalten. Sie arbeitet in einem Pflegeheim: *Lieber Hans, Weihnachten – es ist die Zeit zum Rückblick und des einmal Dankesagens für deine lieben Grüße und stets pünktliche Post. In Gedanken bin ich bei euch. Als eifrige Leser linker Zeitungen verfolgen wir ja das Geschehen. Die gesamte Politik macht auch in den Pflegeheimen keinen Halt. Seit Sommer habe ich zehn Dienste, einen Tag frei, zehn Dienste ... Immer mehr KollegInnen erkranken – wir sind am Ende unserer Kräfte; springen dennoch immer noch ein. Ich*

habe bis zu 60 Überstunden. Wo soll das noch hinführen?? Nun sollen wir bis 31.12. alle auf „0“ kommen – entsprechend wurden Stundenreduzierungen im Dienstplan vorgenommen. Dennoch bleibe ich meinen Prinzipien treu – wir haben es mit Menschen zu tun! An der Pflege sollen keine Abstriche gemacht werden. Jeder soll seine Streicheleinheiten bekommen! Sie haben es sich doch verdient. Vielleicht kann ich hiermit meinen Beitrag in der Basisgruppe leisten. Bei der nächsten Gelegenheit möchte ich gerne mal wieder unter euch weilen. Ganz herzliche Grüße an alle GenossInnen. Bleibt vor allem gesund. Möge unsere Partei noch weiter erstarben. Ein schönes Weihnachtsfest! Eure M.

Aufklärung tut not

Deshalb ist LN Gold wert

für LN schreiben, herzlich bedanken und euch weiterhin Mut und Zuversicht, Kraft und Optimismus wünschen. Als 75-Jähriger fehlt mir mitunter die Kraft, mehr zu tun. Doch es gibt Hoffnung, und es geht nicht ohne solche Mitstreiter wie Steffi Deutschmann und Elke Gladysz, über die ebenfalls in der Doppelausgabe zum Jahrestag zum 90. Geburtstag von Hans Lauter bewegt. So gratuliere ich auch diesem hervorragenden Menschen. Ich möchte mich bei allen, die

korrigiert allenfalls das Alter, nicht aber die Gesinnung. Leider hat sich die Gesinnung ehemaliger Spitzenfunktionäre der SED sehr und schnell geändert. So steht auf den Info-Blättern von Gesine Löttsch, dass es ab 1. Januar mehr Geld auch für Unternehmensberater Wolfgang Berghofer gibt, der übrigens die Anzeige in der *Süddeutschen Zeitung* (2./3.10.04) gemeinsam mit 62 Personen, u. a. BDI-Präsident Rogowski, unterzeichnete, die Hartz IV unterstützen. Die Senkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 Prozent lohnt sich für sie. Sie nehmen es von den kleinen Leuten und schämen sich nicht einmal dafür. Aufklärung tut not und deshalb ist LN Gold wert.

INGE KONRAD,
08118 HARTENSTEIN

freunde zur Erhaltung dieser einmaligen Landschaft Dübener Heide wird damit weitgehend zunichte gemacht.

Auf eine Entwicklung, die unmittelbar mit den geschilderten Zuständen im Zusammenhang steht, möchte ich abschließend aufmerksam machen: In einer Gesellschaft, in der Geld der einzige reale Wert ist, verfallen notwendigerweise die guten Sitten. Und so wird die Dübener Heide mehr und mehr zur illegalen, weil erschwinglichen Mülldeponie. Neben Hausmüll findet man zunehmend Möbel. Seit einem halben Jahr wandere ich an der kompletten Innenverkleidung eines PKW vorbei. Sie liegt direkt am Wegrand. Sie stört weder den Waldbesitzer noch die Förster. Es ist verdienstvoll von LN auf diese Missstände aufmerksam zu machen. Noch ist es sinnvoll gegenzusteuern. An den Eigentumsverhältnissen wird sich allerdings nichts ändern und damit bleiben auch die Quellen des Übels bestehen.

HARRY PURSCHE, LEIPZIG

Liebe Zeitungen,

zur Zeit rollt eine in Fachkreisen kontrovers beurteilte Prozesslawine im Zusammenhang mit den symbolischen Blockaden zu Beginn des Irak-Krieges im März 2003 an der *Military Air Base* bei Frankfurt/Main – die kriegswichtigste deutsche Einrichtung. Es gab Ende des vergangenen Jahres sowohl Freisprüche als auch Verurteilungen in identischen Fällen. Am umstrittensten sind die Prozesse von Amtsrichterin Walter um die Demonstration am Nordtor. Damals hatte sich der zuständige Staatsanwalt wegen Geringfügigkeit gegen Strafbefehle ausgesprochen. Trotzdem wurden vier genötigte amerikanische Zeugen gefunden und 20 Demonstranten angeklagt. Inzwischen sind die ersten Verfassungsbeschwerden auf dem Weg. Wegen der Komplexität und der Tragweite der Sache wird sich die Auseinandersetzung ausweiten. Die neue Verpflichtung auf die Europäische Menschenrechtskonvention wird zur Sprache kommen, ebenso die umstrittene Einschränkung des §80 StGB (Beihilfe zum Angriffskrieg) durch Generalbundesanwalt Nehm (der de facto mit den Verfassungsrichtern konkurriert). Eine Befragung der in Deutschland stationierten US-Truppen ist insofern hochinteressant, als die 4 amerikanischen Bewohner der Frankfurter Militäreinrichtung, an denen die Strafverfolgung der Demonstranten juristisch festgemacht wird, kein besonderes Interesse an der Beweisaufnahme zeigten. Der offene Brief geht an die Regionalzeitungen der Truppenstandorte, den amerikanischen Botschafter und drei Ministerien.

THOMAS GEISLER
98646 BEDHEIM

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN**Freitag, 14. Januar, 17 Uhr, Leipzig****Eröffnung des Internet-Portals für Politik in Mittelosteuropa** (gemeinsam mit Roter Baum e. V.)**18 Uhr, Podiumsdiskussion: Perspektiven linker Politik in Mittel- und Osteuropa** mit Prof. Dr. Michael Brie, Berlin; Milan Neubert, Vorsitzender der SDS, Sozialforum Tschechien; Dr. Holger Politt, Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Warschau. Moderation: Stanislav Holubec, Karls-Universität Prag
Harkortstr. 10**Dienstag, 18. Januar, 18 Uhr, Dresden****Der Darfor-Konflikt und die Zukunft des Sudan.** Mit Osman Said, sudanesischer Dipl.-Soziologe, Berlin (gemeinsam mit Ausländerderrat Dresden)

Internationales Begegnungszentrum, Heinrich-Zille-Str. 6

Mittwoch, 19. Januar, 15 Uhr, Chemnitz**Ursachen des Rechtsradikalismus in der Gegenwart.** Vortrag und Diskussion mit Petra Zais, Chemnitz. In Zusammenarbeit mit der Seniorengruppe Chemnitz der GEW

Begegnungsstätte des Betreuten Wohnens, Hauboldstr. 39

Mittwoch, 19. Januar, 19 Uhr, Dresden**60 Jahre nach der Zerstörung Dresdens. Mahnung zu Frieden und Völkerverständigung – gegen den politischen Missbrauch der Opfer.** Mit Prof. Dr. Rolf Lehmann, Vorsitzender der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V./DSS, Dresden; Prof. Dr. Paul Heider, DSS e. V.; Prof. Dr. Ernst Voit, Gemeinschaft für Menschenrechte Sachsen e. V.

„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Donnerstag, 20. Januar, 18 Uhr, LeipzigFilmabend mit Diskussion: **Der Unzugehörige: Peter Weiss. Ein neuer Film über den Autor der „Ästhetik des Widerstands“.** *** Mit Dr. Jens-Fiete Dwars, Jena. Kostenbeitrag 1,50 Euro
Harkortstr. 10**Sonnabend, 22. Januar, 18.30 Uhr, Leipzig**Diskussionsforum / Konzert: **copy kills (music kills) capitalism?** *** Es diskutieren: Stefan Merten, Kaiserslautern, Projekt Oekonux – Freie Software als Keimform einer emanzipatorischen Gesellschaft; Oliver Moldenhauer, AG Wissensallemende, attac und Matze Schmidt, Berlin, Kultur- und Medienprojekt n0name.Konzert mit: **Katzenstreik**, Emo-Punk, Göttingen; **Eher uncool**, Diskurs-Pop, Roßwein; **Zone 13**, Hardcore, Chemnitz ... und anderen ...
Veranstaltet von Roter Baum e. V. Leipzig, Redaktion „linksdrehendes radio“ auf Radio blau und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Infos: www.deine-denkfabrik.de

Kulturelles Zentrum zur Förderung emanzipatorischer Gesellschaftskritik und Lebensart, Gießerstr. 16

Dienstag, 25. Januar, 18 Uhr, Leipzig**Die Wissenschaftsauffassung bei J. G. Fichte – methodologische Fragen zwischen Aufklärung und modernem Wissenschaftsbegriff.** Mit Dr. Jürgen Stahl, Leipzig, Mitarbeiter am Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus

Harkortstr. 10

Mittwoch, 26. Januar, 18.30 Uhr, Leipzig**Die Türkei an der Schwelle der EU – Chancen und Risiken.** Mit Prof. Dr. Sarkis Latchinian, Leipzig
Klub Gshelka, An der Kotsche 51**Mittwoch, 26. Januar, 10–11.30 Uhr, Chemnitz**Vorlesung: **Mario Keffler: Marxismus im 20. Jahrhundert. Kommunistische Biografien**

TU Chemnitz, Reichenhainer Str. 70, Hörsaal 3

Mittwoch, 26. Januar, 19 Uhr, Dresden**Quo Vadis Russland – Wie entwickelt sich die russische Demokratie?** Mit Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe, Freital
„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Deutscher**Freidenker-Verband**

Leipzig, Gottschedstr. 31 (HH)

20. 1., 16.30 Uhr: Hartz IV – ein Versuch zur Regulierung der Armut.
Vortrag: Dr. Günther RimpelEine private Kleinanzeige dieser Größe kostet bei uns nur **7,50 Euro****Carl-Schorlemmer-Apotheke**Inhaber:
FSD PhR Friedrich Roßner
Fachapotheker für
Allgemeinpharmazie
Karlsruher Straße 54
04209 LeipzigTelefon (03 41) 4 22 45 58
Arzneimittel-Information
Arzneimittel-AbgabeTelefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
Büro / Apothekenleiter**Unsere Genossin****Inge Golde****ist am 7. Januar****80 geworden.****Herzlichen Glückwunsch und alles erdenklich Gute wünschen Dir, liebe Inge, Deine Genossinnen und Genossen der Basisgruppe Lößnig III****Liebe****Johanna Starke****zu Deinem****80. Geburtstag****am 20. Januar****wünschen wir Dir Gesundheit und alles erdenklich Gute**Deine Genossinnen und Genossen der PDS-Basisorganisation
Connewitz/Dölitz**Frauenkultur e. V.**

Leipzig, Windscheidstr. 51

15. 1., 21.30 Uhr: Ich muss dir was sagen – Multimediale Diaschau mit Katja Demnitz und Manuela Kasemir**21. 1., 10.30–12.30 Uhr: Alphabetisierung für Ausländerinnen.** Neuer Kurs in Kooperation mit dem Flüchtlingsrat Leipzig**21. 1., 20.30 Uhr: Gesellschaft in Balance** – Reihe: Dokumentarfilm der Frauen**22. 1., 20.30 Uhr: Zur Heimat erkor ich mir die Liebe.** Lesung anlässlich des 30. Todestages von Mascha Kaleko und des 60. Todestages von Else Lasker-Schüler mit Susanne Krämer, SchauspielerIn, Leipzig**Stadtbibliothek Leipzig**

Wilhelm-Leuschner-Platz 10/11

Ausstellungen**Gestaltenkönnen ist eine unvergleichliche Gnade.** Der Max-Schwimmer-Nachlass in der Stadtbibliothek Leipzig Ausstellungsfoyer 1. Etage, bis 12. 3.**Cuidewmos o nosso planeta, já! – Wir schützen unseren Planeten, jetzt!** Texte und Fotografien von brasilianischen und deutschen Jugendlichen zum Thema Umwelt. Oberlichtsaal, 2. Etage, bis 5. 3.**10. Kinder- und Jugendkunstausstellung 2004.** Galerie der Kinderbibliothek, bis 26. 1.**Erna Barnick alias Trude Richter.** Zum 105. Geburtstag. Kabinetausstellung des Literaturarchivs, 12. 1. bis 16. 2.**Veranstaltungen****18. 1., 17 Uhr,** Bibliotheksgeschichtliches Kabinett, 4. Etage: **Verlage stellen sich vor: der Lehmann Verlag Leipzig****19. 1., 19.30 Uhr,** Bibliotheksgeschichtliches Kabinett, 4. Etage: **Die Verwandlungen Goethes bei Stefan George.** Vortrag: Prof. Dr. Horst Nalewski**Wanderungen durch Neufünfland**

Als wir unlängst an der Müritz entlangwanderten, luden uns Einheimische für Ende Januar nach Neubrandenburg ein. Dort findet eine Gerichtsverhandlung statt und es wurde angekündigt: „Jeder Anspruchsberechtigte hat Zutritt“. Ich weiß allerdings nicht, wie sie das bewerkstelligen wollen, denn es handelt sich um nicht weniger als 2300 „Anspruchsberechtigte“! Es geht

Abend spazieren geht, tut dies vor der Kulisse von geräumten Plattenbauten, durch deren zerschlagene Fenster der Wind pfeift. Wenn die Menschen in Weißwasser von ihrem Leben während der letzten Jahre erzählen, klingt das so, als sei von einer Naturkatastrophe die Rede, die ihnen alles genommen hat, auch das, was ihnen das Liebste war... Aus der Stadt der Jungen ist eine Stadt

Zeit der Wahrheiten

nämlich um die Konsum-Mitarbeiter, die bis 1991 im DDR-Bezirk Neubrandenburg die Konsum-Läden betrieben. Damals wurde ein Insolvenzverwalter eingesetzt – es lebe der Rechtsstaat! –, der den angeblich pleite gegangenen Konsum verhöckern und vom Erlös den ehemaligen Mitarbeitern 95 Prozent ihrer Ansprüche erfüllen sollte, denn die hatten nur fünf Prozent als „Abschlag“ bekommen. Dass der Insolvenzverwalter heute klagt, die Konsum-Immobilien seien kaum mehr zu verkaufen, klingt wie Hohn. Einen Laden 14 Jahre verfallen zu lassen, dann dem Gericht zu beschwören, dass sich kein Käufer fand, gehört zu den bitteren Realitäten, die uns der so gepriesene Einheitsvertrag bescherte. Ich weiß nicht, wie viele sich in dem Gerichtssaal drängen werden, aber ich möchte schon ganz gern dabei sein.

In Weißwasser überraschten uns unsere Freunde mit einer schon ziemlich zerfledderten Zeitung. In der in Hamburg erscheinenden „Zeit“ hatte ein Roland Kirbach die Realitäten der einstigen Glas-macherstadt zu Papier gebracht. Von Zeit zu Zeit öffnen auch großbürgerliche Zeitungen ihre Spalten der Wahrheit.

Wir suchten uns ein warmes Fleckchen, wo zufällig auch ein Bierhahn herumstand und entschieden, dass einer vorlesen sollte, weil das Zeit sparte. Karl war in einem Land groß geworden, wo auch die Glaser lesen gelernt hatten und begann: „23 000 Menschen leben in Weißwasser in Sachsen. Jedes Jahr verlassen 1000 Bewohner den Ort. Alle wollen weg ... Wer hier lebt, braucht ein stabiles Gemüt. Das Kino, gleich nach der Wende geschlossen. Das Theater, Volkshaus genannt, ebenfalls dichtgemacht. Wer am

der Alten geworden, aus der Stadt der Zuwanderer eine Stadt der Abwanderer. Und sie wird auch bald eine Stadt der Armen sein, wenn die heute Arbeitslosen ins Rentenalter kommen... Die Geschichte Weißwassers seit der Wende ist die Geschichte einer kontinuierlichen Auszehrung - wirtschaftlich, sozial und intellektuell. Und Besserung ist nicht in Sicht, im Gegenteil. 'Diese Entwicklung hat in den letzten Jahren eine neue Dynamik erfahren', heißt es in einer Studie. Seit 1998 hat sich die Zahl der Arbeitslosen noch einmal dramatisch erhöht: ... 44 Prozent sind arbeitslos ... 'Es gibt keine Zukunftsvision, das ist es, was die Leute fertig macht', erregt sich Friedland. Er macht kein Hehl aus seiner Meinung, dass früher alles besser war. Vor 20 Jahren habe er die Garage in seinem Haus, das er in der DDR in Eigenarbeit aus Platten errichtete, offen stehen lassen, heute fürchte er sie abschließen aus Murre vor Einbrechern. Kein Gedanke mehr, die Enkelin allein zum Spielen in den Wald zu lassen. Für Friedland und seine Frau ... lebt die DDR fort. 'Unsere Brigade', sagt er mit stolzer Stimme, 'feiert noch immer zusammen Weihnachten': ... Mehr und mehr Schüler haben resigniert, melden sich vom Unterricht ab. Hinter der Schulverweigerung stecken Antriebsarmut und Resignation - was im Grunde ihre Chancen zunichte macht. Ein Teufelskreis schließt sich und bestätigt die These: Arbeitslosigkeit macht dumm.“
Wir winkten ab und tranken unser Bier aus. Er hatte uns nichts Neues vorgelesen, aber der Text kam immerhin aus Hamburg. Und was mir noch auffiel: Auf das Wort „marode“ hatte der Autor verzichtet ...

SZMStadteilzentrum Messemagistrale
Straße des 18. Oktober 10a**20. 1., 14 Uhr:** Offenes Café zum Thema „Aquarelle unter Anleitung selbst gestaltet“ das kann jeder!**27. 1., 19 Uhr:** Lesung mit Janine Strahl **Heiteres von Rudi Strahl.** Eintritt: 4,50 Euro**Theatrium**

Leipzig, Militzter Allee 52

21. 1., 19 Uhr: Spiel mir das Lied vom Peng! Jugendtheaterprojekt – ab 13 Jahre**25. und 27. 1., 10 Uhr; 26. 1., 10 und 19 Uhr: Der Falke** – ab 15 Jahre**28. 1., 20 Uhr: Der Mondgucker,** Jugendtheaterprojekt – ab 14 Jahre

Fast genau nach 300 Jahren wiederholt sich die Geschichte: Mit Amtsenthhebung sühnt die Stadt im Amt begangene Delikte. Seit langem mühen sich Leipzigs Oberbürgermeister, das Regierungspräsidium, Sachsens Staatsanwaltschaft und jüngst auch ihre Anti-Korruptions-Einheit INES, zudem die CDU-Vorstände in Land und Stadt um die Aufhellung diverser Unregelmäßigkeiten, die sich um den Namen von Bürgermeister und Stadtkämmerer Peter Kaminski ranken. Das historische Ereignis, auf das hier angespielt wird, ist die Verhaftung des Leipziger Bürgermeisters Dr. Franz Conrad Romanus am 16. Januar 1705, bald nach Fertigstellung seines pompösen Wohnpalais, und seine Arrestierung in der Pleißenburg, dann in der Festung Sonnenstein bei Pirna und schließlich auf der Festung Königstein.

Ein Vergleich bietet sich geradezu an.

OBJEKTE UND DELIKTE. In beiden Fällen geht es um Bauwerke und um öffentliche Gelder, genauer: die Ausnutzung einer gewissen Unüberschaubarkeit fiskalischer Zustände und Bewegungen in der Kommune. Bei Bürgermeister Romanus ging es darum, dass er sein Palais, das heutige Romanushaus an der Katharinenstraße/Ecke Brühl, mit ungedeckten Schuldverschreibungen der Stadtkasse in Höhe von 150 000 Talern finanzierte. Dabei wurden Unterschriften auf Geldwechseln gefälscht, das Ratsiegel missbraucht und unberechtigt ein Nachschlüssel zum Bürgermeisterpult angefertigt. Bei Bürgermeister Kaminski bietet sich heute in Kurzform dieses Sündenregister dar: Affäre um die OBM-Wahl 1998 (gespendete Künstlerhonorare für den CDU-Wahlkampf statt für die Kongreßhalle); ominöse Provisionszahlungen im Zusammenhang mit dem Stadionbau an Wahlkampfelfer Poser; eine den Stadtrat übergehende millionenschwere Kostenerstattung bei Umbauten im Alten Rathaus zu Lasten der Stadt.

Kaminski und Romanus

Ein sich aufdrängender und zugleich hinkender Vergleich

UMSTÄNDE UND REAKTIONEN. Der Leipziger Rat am Anfang des 18. Jahrhunderts machte offenbar mit Romanus nicht viel Federlesens. Der 30-Jährige war ihm 1701 vom sächsischen Kurfürsten August dem Starken als Bürgermeister aufgezwungen worden. Er durfte ihn zwar wählen, aber der Landesherr hatte das letzte Wort. Der Ver-



such der Ratsherren, August mit einem Präsent von 100 000 Gulden von seinem Vorsatz abzubringen, scheiterte. Dass sie Romanus dann doch wählten, wurde ihnen mit der Verdopplung ihres Jahressalärs auf 200 Taler vergolten! Der Fürst wollte wohl seine hohen Geldforderungen an die Stadt von einem Günstling vertreten wissen, rührte dann aber keine Hand, Romanus zu retten; seine Soldaten waren es, die den Bürgermeister in Haft nahmen. Es gab mehrfache Verhöre und jahrelange Untersuchungen, aber nie einen Prozess und ein rechtskräftiges Urteil. Auch nach seinem Sturz hatten viele Leipziger eine günstige Meinung von ihm – schließlich hatte er die Stadtbeleuchtung eingeführt, mit Sänftenträgern

den öffentlichen Nahverkehr etabliert und die Stadtbegrünung vorangebracht. Sie sahen ihn als Opfer politischer Intrigen.

Der OBM von heute und der Stadtrat haben sich mit der Trennung von Kaminski recht schwer getan. Es dauerte lange, bis der Kämmerer beurlaubt wurde, und noch im Mai 2004 hoffte Tiefensee, Kaminski werde bald, „wenn die Hauptvorwürfe abgearbeitet sind“, zurückkehren.

DIE BESTRAFUNG. Romanus blieb 41 Jahre lang, bis zu seinem Tode, in Haft – allerdings bei erleichterten Bedingungen. Bemerkenswert ist auch, dass seine Frau mit den acht Kindern das Haus behalten durfte.

Der Ausgang der Geschichte bei Kaminski erscheint als weithin offen. Fest steht bisher nur, dass er nach der Abwahl bis zum Ende seiner Amtsperiode

2008 monatlich gut 5000 Euro erhöhtes Ruhegeld erhält und dann seine Pension genießen kann. Zwar gehen die Untersuchungen gemächlich weiter, aber es ist genug Zeit vergangen, in der belastende Spuren verwischt werden konnten. Und da heutzutage landesfürstliche Willkür bei der Strafzumessung auszuschließen ist, würde es nicht wundern, wenn am Ende alles im Sande verläuft.

Fazit: Geschichte wiederholt sich zuweilen, aber sie ist dabei unerschöpflich in den Details, gerade bei obskuren und kriminellen Vorgängen. Warum aber insgesamt der Vergleich hinkt, ist kurz erklärt: Was damals ein frappanter Fall war, reiht sich heute ein in einen weithin affären- und skandalträchtigen Alltag. • G. L.

FUNDSACHEN

Kroatien ist von drittklassigen Agrarprodukten überschwemmt. Auf dem Markt kann man keine genießbare Paprika mehr kaufen. Das kommt alles aus Holland, Dänemark und anderen Ländern.

Ein kroatischer Wirtschaftsexperte
DLF 20. 12.

CDU sagt, wir machen Kopfpauschale. Wer mehr als zwei Wochen krank – Kopf ab.

Ein deutsch-türkischer Kabarettist
3sat 29. 12.

Was der Bismarck mit der Rente gemacht hat, das war schon Klasse. Rente mit 70 – wo die Leute damals im Durchschnitt 39 Jahre alt wurden.

Phoenix 31. 12.

Circa 50 Prozent der Schauspieler in der BRD sind über kürzere oder längere Zeit arbeitslos. Mit den Hartz-IV-Gesetzen können nun auch hier amerikanische Verhältnisse einziehen. In New York ist jeder zweite Kellner ein arbeitsloser Schauspieler.

Für die halbjährliche EU-Präsidentschaft hat Luxemburg im Staatshaushalt 90 Millionen Euro eingeplant.

Beides DLF 1. 1.

In Düsseldorf leben 23 500 Unternehmensberater.

WDR 1. 1.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE

2005 – ungeordnete Gedanken zu Jahrestagen

Jahrestage sind Anlass, Denkwürdiges aus der Geschichte an den Tag zu bringen. An Ereignisse ohne überliefertes genaues Datum wollen wir am Jahresbeginn erinnern.

☞ Vor 500 Jahren kam Lucas Cranach d. Ä. nach Wittenberg, im gleichen Jahr 1505, da Luther sein Studium an der Erfurter Universität abschloss. Als dieser sieben Jahre später als Professor nach Wittenberg berufen wurde, war der Weg für beider Freundschaft eröffnet, deren geistiges Band ein neues, antimittelalterliches Denken und Sinnen war – ungeachtet mancher Widersprüche und Rücknahmen bei Luther. Im späteren Zentrum der Reformation, in der der freisinnige sächsische Kurfürst Friedrich der Weise 1602 eine Universität gegründet hatte, schuf der Maler ein im wörtlichen Sinne neues Bild vom Menschen. Seine weltlichen und allegorischen Akte waren ein Novum in der deutschen Malerei.

☞ 1555 – vor 450 Jahren (der Bau des Leipziger Alten Rathauses begann erst das Jahr darauf) errichteten Hieronymus Lotter, der im gleichen Jahr erstmals Bürgermeister wurde, und Paul Speck die Alte Waage am Markt – ein wichtiges

Gebäude der Handelsstadt, denn die Händler, die nach Leipzig kamen, mussten hier ihre Waren wiegen lassen und dafür bezahlen. 1661 wurde hier das erste Leipziger Postamt eingerichtet. Der Renaissancebau wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört und 1963/64 stilgerecht wieder aufgebaut – ein Aufwand, den man heute meist scheut.

☞ Ebenfalls 1555 veröffentlichte der Astrologe Nostradamus seine Jahrhunderte vorausweisenden Prophezeiungen, die in unserer Zeit eine regelrechte Renaissance erfuhren. Aktueller Beleg dafür ist eine Website, auf der versucht wird, die jüngste Flutkatastrophe in Südasien aus den gereimten Vierzeilern des Nostradamus herzuleiten – was letztlich aber so ungereimt bleibt wie viele optimistisch getünchte Wirtschaftsprognosen.

☞ 1605, vor 400 Jahren, erschien der erste Band des Romans „Don Quijote“ von Cervantes, in dem das Festhalten am Rittertum parodiert wird und der bis heute angesichts jeweiliger zeitgenössischer Anachronismen lebendig geblieben ist. Marx bezieht sich in seinen Polemiken sehr häufig auf den Ritter von der traurigen Gestalt und seinen Knapen

Sancho Pansa, um Zeitwidrigkeiten im geistigen Leben zu charakterisieren. So wenn er Max Stirners Idee von einem die Wirklichkeit schaffenden Selbstbewusstsein der Lächerlichkeit preisgibt oder die Debatten in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 sarkastisch kommentiert.

☞ Als erste Frau erhielt Bertha von Suttner 1905, vor 100 Jahren, den Friedensnobelpreis für das Buch „Die Waffen nieder“ und ihr vielseitiges Engagement in österreichischen und internationalen Friedensorganisationen. Als sie das Manuskript noch vor der Buchherausgabe Zeitungen angeboten hatte, erhielt sie nur Ablehnungen. Eine Redaktion schrieb: „Trotz aller dieser Vorzüge aber ist es ganz ausgeschlossen, dass der Roman in einem Militärstaat veröffentlicht werde.“

☞ Weitgehend verblichener Ruhm einer ehemaligen Industriestadt: 1955, vor fünfzig Jahren, entwickelten und produzierten die Leipziger Druckmaschinenwerke die weltweit erste Rollenoffsetdruckmaschine. Sie und weitere Spitzenleistungen in den späteren Jahren begründeten einen ausgedehnten Export in alle Kontinente.

• G. L.



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung: BERG-digital, Hans-Jürgen Berg, Ziegelstraße 7c,
04420 Markranstädt.
Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
11. Januar
Die nächste Ausgabe erscheint am
28. Januar